

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 196.

Freitag, den 22. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Das Reichsamt des Innern gegen den Schutzzoll.

Das Reichsamt des Innern hat dieser Tage eine Zusammenstellung von Berichten über Handel und Industrie erscheinen lassen, aus dem ein Abschnitt unter der Überschrift „Lebensmittelteuerung im Ausland“ von der Norddeutschen Allgem. Zeitung übernommen wird. Die in ihm enthaltenen Angaben über den von der gesamten offiziellen und schutzzollfreundlichen Presse begierig nachgedruckt werden, da sie dazu bestimmt sind, das in Deutschland „bewährte Wirtschaftssystem“ äußerlich zum Scheine zu verteidigen. In Wirklichkeit stellen sie freilich bei etwas näherer Betrachtung eins der wirksamsten Argumente dar, die den Gegnern der Hungerzollpolitik zur Verfügung stehen.

Der Bericht des Reichsamts des Innern belegt mit einem reichen Zahlenmaterial die schon ohnehin bekannte Tatsache, das in den letzten zehn Jahren die Lebensmittelpreise in der ganzen Welt, nicht nur in Deutschland, eine bedeutende Erhöhung erfahren haben.

Uns interessieren vor allem jene Berichte, die teils aus Freihandelsländern kommen, teils aus solchen Ländern, die für Deutschland als Lebensmittellieferanten in Betracht kommen. Aus beiden Gruppen melden die Berichte eine bedeutende Erhöhung der Preise. Beispielsweise wird von England gesagt:

„Wie in anderen Ländern, hat sich auch in Großbritannien während der letzten Jahre im allgemeinen eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung und insbesondere der Preise der Nahrungsmittel fühlbar gemacht, obgleich Großbritannien, das bis jetzt noch am Freihandel festgehalten hat und abgesehen von beschränkten Ausnahmen die große Masse der Nahrungsmittel zollfrei zuläßt, den Zufuhren aus aller Welt offen steht.“

Und aus Holland:
„Auch in den Niederlanden hat sich seit etwa einem Jahrzehnt eine Steigerung der Preise für fast alle Lebensbedürfnisse bemerkbar gemacht, insbesondere für Fleisch und Lebensmittel. Die Ausfuhr hat in den letzten 10 Jahren nicht unerheblich zugenommen, wodurch auch die Inlandpreise dieser Hauptausfuhrartikel (Weiz, Gemüse, Fleisch) entsprechend gestiegen sind. Etwaige Zollmaßnahmen würden auch kaum eine Milderung des Zustandes herbeiführen, da die hauptsächlichsten Lebensmittel zollfrei sind.“

Was beweisen diese Berichte? Daß der Weltmarktpreis aller Lebensmittel in den letzten Jahren bedeutend gestiegen ist. Was folgt aber daraus? Es folgt daraus, daß die deutschen Produzenten der Schutzzölle entweder überhaupt nicht bedürfen, oder wenigstens daß die Schutzzölle entsprechend der allgemeinen Preissteigerung herabzusetzen sind.

Als vor elf Jahren der große Kampf um die Erhöhung der Schutzzölle tobte, da behaupteten die Interessenten, das Ausland liefere so billig, daß sie mit ihm nicht konkurrieren könnten. Sie versicherten, sie wären rettungslos dem Ruin ausgeliefert, wenn sie für Getreide, Vieh, Fleisch usw. nicht höhere Preise erzielen könnten, als sie auf den offenen Märkten bezahlt werden. Es gelang ihnen damals auch, die Zollerhöhungen und damit zugleich die entsprechenden Preiserhöhungen auf Kosten der Verbraucher durchzusetzen. Jetzt sind die Preise der Lebensmittel in der ganzen Welt gestiegen, die Konkurrenz mit dem Ausland ist gegen den Zustand vor zehn Jahren nicht erschwert, sondern erleichtert. Die Konsumenten müssen aber trotzdem noch höhere Preise bezahlen, als man sie sonst in der Welt bezahlt, weil die Preise durch den Zoll verteuert werden.

Das Reichsamt des Innern bestätigt nur, daß die Teuerung auch in Rußland herrscht. Es wird darüber gesagt:

„Die Preissteigerung erstreckt sich in erster Linie auf das Getreide und steht in tatsächlicher Zusammenhänge mit der Bewegung des Weltmarktes.“

Auf dem Weltmarkt wird das Getreide teurer. Rußland, unser wichtigster Lieferant, kann längst nicht mehr so billig liefern wie zur Zeit der Entstehung des Zolltarifs. Trotzdem wird das ohnehin teure russische Getreide, wenn es nach Deutschland hineinwill, durch den Zoll verteuert, und obendrein besteht das infame System der Einfuhrscheine, das es den deutschen Getreideproduzenten ermöglicht, mit staatlicher Subvention deutsches Brot im Ausland zu verschleudern.

Auch die Berichte aus der Schweiz, Ungarn, Dänemark, Ländern, die für die Fleischzufuhr in Betracht kommen, melden eine Erhöhung aller Preise, besonders der Vieh- und Fleischpreise. Und trotzdem Zölle und gesundheitspolizeiliche Sperren vor den Türen

Was die Berichte des Reichsamts des Innern bezwecken sollen und in welchem Sinne die agrarische Presse sie ausnutzen wird, liegt auf der Hand. Da die Lebensmittelpreise nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt steigen, kann das Schutzzollsystem an der Teuerung nicht schuld sein. Eine Beweisführung für Trottel! Natürlich, an der allgemeinen Teuerung ist der deutsche Schutzzoll nicht schuld, aber an der besonderen Teuerung, die in Deutschland darüber hinaus herrscht, an der ist der Schutzzoll schuld. Auch in den Freihandelsländern ist alles teurer geworden — sehr richtig! Aber noch viel teurer als in den Freihandelsländern ist alles in Deutschland, weil hier auf alles noch ein hoher Zoll liegt.

In einer Zeit allgemeiner Not wird die Not in Deutschland noch durch Reichsgesetz erhöht. Auf die natürliche Steigerung der Nahrungsmittelpreise durch Steigen der Weltpreise türmt man noch eine künstliche Steigerung durch den Schutzzoll. Der Schutzzoll, der eingeführt worden ist, um die Inlandsproduktion vor sinkenden Weltmarktpreisen zu schützen, soll sich ganz besonders bewährt haben, weil — die Weltmarktpreise steigen. Eine Logik, um auf die Bäume zu klettern!

Dazu kommt, daß die Behauptung unserer Schutzzöllner, daß der Zoll die Stabilität des Wirtschaftens sichere und Krisen verhütend wirke, durch die Tatsache der um sich greifenden Arbeitslosigkeit aufs Sinnfälligste Lügen gestraft wird. Das ist eine Erscheinung, die dem Reichsamt des Innern zur eingehenden Betrachtung nachdrücklich empfohlen wird.

Einstweilen ist anzuerkennen, daß das Reichsamt des Innern, sei es auch gegen seinen Willen, den Gegnern des „bewährten Systems“ wertvolles Material liefert hat. Die Lebensmittelpreise sind in der ganzen Welt gestiegen. Das Ausland kann nicht mehr so billig liefern wie zuvor. Darum herunter mit den Zöllen!

Politische Rundschau

Deutschland.

Zingt vor der Gerechtigkeit.

Die nationalliberale „Straßburger Post“ und mit ihr noch andere liberale Blätter haben eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise für notwendig erklärt und u. a. vorgeschlagen, die Seelenzahl, auf die ein Abgeordneter entfällt, auf 150 000 festzusetzen. Dieser Vorschlag hat der „Deutschen Tageszeitung“ anscheinend Angst eingejagt, denn sie schreibt:

„Die jetzigen Reichstagswahlkreise beruhen auf den geschichtlich gewordenen Verhältnissen. Diese Verhältnisse müßten durchbrochen und umgestürzt werden, wenn man rein mechanisch die Wahlkreise so abändern wollte, daß nun auf 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Das würde eine gefälschte Wahlkreisgeometrie geben, die die schärfsten Kämpfe nach sich ziehen müßte. Aber selbst, wenn man auf solche Kämpfe nicht Rücksicht nehmen wollte, man würde doch durch die Abänderung der Reichstagswahlkreise keineswegs und keinesfalls einen idealen Zustand herbeiführen. Die Klagen über die Verschiedenartigkeit würden nicht verstummen, sondern in kurzer Zeit noch viel lauter erschallen als jetzt.“

Diesem letzteren Bedenken könnte sehr gut dadurch abgeholfen werden, daß man in die Verfassung eine Bestimmung aufnehmen würde, daß die Reichstagswahlkreise etwa alle zehn Jahre neu einzuteilen wären. Diese Besorgnisse der „Deutschen Tageszeitung“ liegen aber auf einem anderen Gebiet, denn bei einer Neueinteilung der Wahlkreise würden den Konservativen einige ihrer volkarmen Domänen in Ostelbien verloren gehen. Der Hinweis auf die geschichtlich gewordenen Verhältnisse ist völlig verfehlt, denn die Aufrechterhaltung des junkerlichen Einflusses ist keineswegs eine geschichtliche Notwendigkeit. Heute liegen die Dinge so, daß die städtische Bevölkerung bei der Ausübung des Wahlrechts ganz wesentlich benachteiligt wird den ländlichen Kreisen Ostelbien gegenüber und es ist bezeichnend, daß das agrarische Blatt es sofort mit der Angst zu tun bekommt, wenn eine gerechte Einteilung erstrebt wird. Allerdings für Gerechtigkeit haben die preussischen Junker niemals eine besondere Vorliebe gehabt.

Der Fiskus als Preisdrücker.

Gegen den von der Regierung in der „Nordd. Allg. Zeitung“ unternommenen Versuch, die Klagen über Zurücksetzung der Handwerker bei Vergabung von Arbeiten als unberechtigt zurückzuweisen, wartet der Landtagsabgeordnete Rabardt mit drei Fällen aus den letzten acht Tagen auf. Sollten sich die Fälle so wie geschildert verhalten, dann könnte allerdings die Kritik nicht scharf genug sein. Herr Rabardt schreibt nämlich der Scherlpreise:

„Die Werkverwaltung in Kiel hatte für eine Innen-Einrichtung eine Ausschreibung gemacht. Ein Tischlermeister macht mit 2100 Mark sein aufs äußerste kalkuliertes Angebot. Und der Erfolg ist, daß die Werk 5 Stühle ausführt, einen Kleiderriegel, einen Toilettenspiegel usw., die insgesamt 85 Mark nach seiner Aufstellung ausmachen. Dafür sollte der Meister die Sachen liefern, wofür er sich natürlich bestens bedankte, da er die Preise doch für den Gesamtauftrag kalkuliert hatte.“

Fall Nr. 2: Das Bekleidungsamt in München bedarf 8000 Waffenröcke. Es hatte für die Anfertigung eines Rockes zuletzt 8 Mark bezahlt und erklärt nun den Meistern, daß es jetzt nur noch 3,85 Mark geben könne. Natürlich lehnen die Meister ab, und in den Münchener Zeitungen kann man jetzt Inserate lesen, in denen Heimarbeiter von der Militärverwaltung zur Herstellung der Waffenröcke gesucht werden!

Am kräftigsten ist wohl der letzte Fall: Die Garnisonen Berlin und Breslau wollen Schränke für die Mannschaftsstuben bestellen. Es melden sich die Lieferanten und die Lieferung der Schränke wird ihnen auch zugesagt, wenn sie die Sachen so billig liefern wollen — wie die Gefängnisse!

Die Militärverwaltung sowohl als auch die Marineverwaltung werden nicht darum herumkommen, Auskunft darüber zu geben, ob in ihren Ressorts tatsächlich derartige Preisdrückerien vorgekommen sind. Mit den Mitteln der Steuerzahler muß natürlich sparsam gewirtschaftet werden, aber daraus resultiert keinesfalls die Pflicht oder auch nur das Recht, den Handwerksmeistern zuzumuten, zu Gefängnispreisen zu liefern.

Gegen die nationalliberalen Scharfmacher.

In einem bemerkenswerten Artikel: „Schädliches Kritizieren“ überschrieben, wenden sich die in Köln erscheinenden „Jungliberalen Blätter“, das offizielle Organ des Reichsverbandes für die nationalliberale Jugend gegen die tendenziösen Angriffe auf unsere Sozialpolitik, die sich auf die bekannte Schrift des Berliner Professors Bernhard Stücken. Es handelt sich hier, so wird in dem Artikel ausgeführt, um eine Abhandlung mit ganz einseitiger Tendenz; man habe es nicht mit sachlichen Erwägungen zu tun; ja, solche seien überhaupt nicht beabsichtigt, es soll hier lediglich in „Stimmung contra“ gemacht werden. Diese Methode kennzeichnet das Blatt recht scharf; die beleidigende Redensart von den Rentenhysterie der Arbeiter wird nicht übel mit der Frage pariert „wie Deutschland es fertig gebracht habe, mit seiner „rentenhysterischen Arbeiterschaft“ England so erfolgreich als Konkurrent im Welthandel und Wandel gegenüber zu treten. Ueber die bekannten Redensarten von der finanziellen Belastung der Großindustrie durch die Sozialpolitik schreibt das jungliberale Blatt:

„Die finanzielle Belastung durch die Sozialpolitik mag hier und da wirklich drückend sein, ob aber gerade die Großindustrie, aus deren Reihen die beweglichen Klagen erhoben werden, die Last so sehr fühlt, kann berechtigte Zweifel begegnen. Die Versuche, eine Ueberlastung der Industrie nachzuweisen, sind jedenfalls nicht gelungen. Die jüngst wieder von Beamten des Zentralverbandes deutscher Industrieller mitgeteilten Zahlen, welche die sozialen Lasten prozentual am Reingewinn industrieller Unternehmen messen, beweisen vielfach sogar das Gegenteil von einer hohen, geschweige denn übermäßigen Last.“

Die „Jungliberalen Blätter“ sprechen es nicht klar aus, aber dennoch ist deutlich genug erkennbar, daß sich ihre Bemerkungen gegen die immer deutlicher werdenden Reigungen des offiziellen Nationalliberalismus richten, um auf jeden Preis mit der Sozialpolitik Schluss zu machen.

Eine literale Fälschung.

Am 9. August (in Nr. 183) veröffentlichte der „Nachener Volksfreund“, das bekannte Zentrumsblatt „Kölner“ Richtung, einen angeblich dem belgischen Blatte „Gazette de Liège“ entnommenen Artikel, wonach kürzlich der „sozialistische Abgeordnete von Auzee in Belgien“, Gilta, eine Rede gehalten und darin u. a. gesagt haben soll:

„Meine Herren! Das Geschmeiß muß aus dem Lande verjagt werden! Dies ist die Parole der Freidenker. Ich füge mutig hinzu: Verfolgen wir die Klostersfrauen! Ich habe gesehen, wie das Geschmeiß der Klosterfrauen sich mit der Milde eines Engels über den Kranken beugte, über die Verwundeten; wir es die Wunden verband mit einer so feinen Zartheit, wie es die Unglücklichen tröstete mit Worten so voller Güte, daß alle, die dies Geschmeiß bei der Arbeit gesehen haben, mit einer lächerlichen Ehrerbietung für dasselbe erfüllt wurden. Mitbürger, können wir es länger dul-

den, daß dies Geschmeiß sich opfert, um die Glenden des Volkes zu töten und so die Wichtigkeit und Heucheleien unserer sozialistischen Behauptungen in ein lebendiges Licht stellt? Vertreiben wir das Geschmeiß! Es ist für uns eine drohende Gefahr! ... Das Volk wird versagen, wenn wir nicht Ordnung schaffen. Auf der einen Seite steht es die Klosterfrauen, die es liebt und deren Taten es kennt, während es auf unserer Seite nur übertünchte Gräber sieht, welche unsere Verkommenheit bedecken. Vertreiben wir die Klosterfrauen, stellen wir an ihren Platz die weltlichen Wärterinnen, die ihre Kranken ruhig sterben lassen, die sich retten, wenn eine Epidemie ausbricht, während die Klosterfrauen auf ihrem Posten bleiben."

Nachdem der „Volksfreund“ diese „Reden“ abgedruckt hat, bekennet er schauernd, daß er sie wegen ihrer Roheit nicht in ihrer ganzen Länge wiedergeben könne; er fügte dann aus eigenem Hinzugeben:

„Man sieht aus dieser Rede den Haß des echten Sozialisten gegen die Einrichtungen der katholischen Kirche und das Bestreben der Sozialdemokraten, alles zu beseitigen, was das Elend der Unglücklichen lindern kann. Sie weiß genau, daß da, wo den Unglücklichen geholfen wird, die Unzufriedenheit flieht. Wo aber keine Unzufriedenheit ist, da ist auch kein Boden für die Sozialdemokratie. Genau so ist es ja auch bei uns in Deutschland, wo die Sozialdemokratie die soziale Gesetzgebung zu verhindern gesucht hat und noch immer zu verhindern bestrebt ist.“

Unseren Nachener Genossen kam die Rede dieses „belgischen Abgeordneten“ Giltay von Augree von vornherein sehr spanisch vor. Sie sandten ihm den Artikel mit einem Begleitschreiben ein, baten aber gleichzeitig die belgische Postbehörde, falls ein solcher Abgeordneter nicht existiere, den Brief der Redaktion des „Peuple“ zu übergeben. Die Vermutung, daß eine gemeine Fälschung vorliege, erwies sich als richtig. Der Abgeordnete existiert nicht, die Rede ist nie gehalten worden; sie ist ein Phantasieprodukt des klerikalen Lütticher Presseorgans, wie aus folgendem Schreiben des Internationalen sozialistischen Bureau hervorgeht:

„Chambre des Représentants, Bruxelles, 13. Aug. 1913.

Lieber Genosse! Ich erhielt vom „Peuple“ das von Ihnen an den Abgeordneten Giltay gesandte, von der Post laut Vermerk auf der Adresse an die Redaktion des „Peuple“ übermittelte Zentrumsblatt, „Der Volksfreund“, Nr. 183. Ich habe das Blatt meinen Kollegen im Abgeordnetenhause gezeigt und wir haben alle vergeblich einen Abgeordneten Giltay in der Kammer und im Abgeordnetenhause gesucht. Abgeordneter Giltay ist eine mythische Persönlichkeit, die die Klerikalen sich gemacht haben. Was die Rede betrifft, welche die „Gazette de Liège“ veröffentlicht hat oder haben soll, so ist sie, wenn erschienen, von dem Blatte freigegeben. Sie wurde einem gewissen Giltay in den Mund gelegt. Dieser Giltay, eine uns gänzlich unbekannte, der Partei nicht angehörige Person, die kein Recht hat, irgendwie im Namen der Partei Erklärungen abzugeben, war ein Gemeindegemeinlicher von Augree, der mit seiner Frau in Uneinigkeit lebte und vom Korrektionshofe wegen Mißhandlung seiner Frau zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Der Artikel des Zentrumsblatts ist also nur Schwindel. Mit Parteigrüß! gez. Camille Huysmans, Sekr.

Der Bloß der Rechten.

Die „konservative Korrespondenz“ bringt eine Zuschrift, in der die Möglichkeit eines Bloßes der Rechten erörtert wird. Die Notwendigkeit einer solchen Verbindung wird gefolgert aus dem angeblichen Bloß der Linken und zwar führt der Verfasser aus:

„Viel größere Aussicht als der falsche Kopartige, sich aus den verschiedensten Elementen zusammensetzende Reimannsche Bloß, hätte ein Bloß der Rechten. Ernstlich sollte in Erwägung gezogen werden, die Rechtsparteien, zu denen die Konservativen, die Wirtschaftsreformer, die Antisemiten und die Rechtsnationalisten zu rechnen sind, einander zu nähern und zu vereintem Schlugen in den künftigen Wahlkämpfen zu bewegen. Wenn man bedenkt, daß die Regierung weniger führt als geführt wird, daß die Anzeichen für ein parlamentarisches System sich in letzter Zeit beträchtlich mehrten, daß Liberale und konservative Weltanschauung gar oft einander ergänzen, wenn man weiter bedenkt, daß es mehr denn je gilt, der Sozialdemokratie einen Damm entgegen zu setzen und die Launen und Unzufriedenen zurückzugewinnen, dann sollte man die Herbeiführung eines Bloßes der Reichtsparteien herbeiwünschen.“

Die Verschiedenartigkeit, so wird dann klargestellt, sei auf der Rechten nicht so groß wie auf der Linken, wo bald das grelle Rot der Demokratie, bald das Rosenrot oder Violett des Liberalismus vorherrschen.“

Diese neue Bloßbildung wird bei den mitangelegenen Parteien keine große Gegenliebe finden. In kulturellen Fragen stimmen die rechtsstehenden Parteien schon jetzt meist zusammen. Dagegen dürfte es gerade den Konservativen nicht besonders danach gelüsten, die Verantwortung mittragen zu sollen für die Politik des konservativen Agrarierturns. Auch das Organ der Schwerindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ verspricht sich nicht viel von dem neuen konservativen Plan. Das Blatt schreibt nämlich:

„Dieser Bloß der Rechten“ hätte etwa 80 Mitglieder, falls sich wirklich die Hoffnungen der Konservativen auf eine Spaltung der nationalliberalen Partei in Rechts-Nationalliberale und andere erfüllten. An eine solche Spaltung ist aber vorläufig nicht zu denken. Sogar wenn die künftigen Nationalliberalen, was wir wirklich wünschen würden, für einen solchen Bloß der Rechten zu haben wären, ist die Aussicht dieses Bloßes im roten Reichstag hoffnungslos. Es müßte denn sein, daß in diesem Bloß auch noch das Zentrum aufgenommen wird; dann wäre allerdings ein Bloß von 200 Mitgliedern vorhanden. Aber das ist dann kein Bloß der Rechten mehr, sondern jener „Bloß der Arbeitswilligen“, dessen Bildung Sachen nach den Reichstagswahlen von 1911 unabweisbar war.“

Auch Herr Dr. Vertel verspricht sich nichts von diesem neuen Bloß. Er legt nämlich in der „Deutschen Tageszeitung“ dar:

„Gewiß stehen die konservativen Parteien und Gruppen im allgemeinen auf dem Boden einer gemeinsamen Weltanschauung. Aber in den politischen Fragen des Tages, und zwar sowohl in staatspolitischen als auch in wirtschaftspolitischen, sind die Meinungen doch sehr erheblich auseinandergegangen. Wir möchten vergangene Dinge nicht wieder aufrühren, sondern begnügen uns damit, beispielsweise auf die Abstimmung über den Arbeitswilligen und über das Besitztumsvergesetz hinzuweisen. Wenn ein Bloß Kraft und Bedeutung haben soll, so muß nicht nur Uebereinstimmung in den hauptsächlichsten Fragen, sondern auch der gemeinsame Wille vorhanden sein, in gewissen Grenzen gemeinsame Politik zu machen. Ob das jetzt schon für die verschiedenen Gruppen der Rechten zutrifft, das müssen und wollen wir dahingestellt sein lassen.“

Der Traum von einem Bloß der Rechten wird somit ein Traum bleiben, vorläufig wenigstens; daß später einmal ein enger Zusammenschluß erfolgen wird, ist allerdings nicht unwahrscheinlich.

Pater peccavi.

Die „Kölner Korrespondenz“ hatte zum Mezer Katholikentag einen Artikel gebracht, in dem die Katholikentage als große Saufgelegenheiten bezeichnet wurden, eigentlich sollte man von Katholiken-Nächten reden. Dieser Artikel hat in Zentrumskreisen eine mächtige Entrüstung hervorgerufen und die „Kölner Korrespondenz“ sieht sich nun genötigt, um Verzeihung zu bitten. Sie tut das in folgender Form:

„Der Artikel in der letzten Nummer der „Kölner Korrespondenz“ über die deutschen Katholikentage ist in Abwesenheit des redaktionellen Leiters ohne vorgängige eingehendere Durchsicht erschienen. Er enthält ein paar Behauptungen, die wir nicht aufrecht erhalten möchten, so daß der Alkoholgenuß während der Katholikentage 50 v. H. der Begeisterung beitrage, und daß die meisten aus fremden Provinzen Zugereisten hauptsächlich des Vergnügens halber kämen. Abgesehen von diesen beiden Stellen, die wir gestrichen hätten, gibt der Aufsatz eine u. G. richtige Schilderung der Katholikentage, wie sie seit 10 bis 12 Jahren sind. Wir haben durchaus nichts dagegen, wenn die Katholikentage dem Zentrum dienen, wie sie es auch in Wirklichkeit tun, denn Zentrum und Katholikentage sind auf demselben Boden entstanden, auf dem katholischen Boden, von dem sie beide jetzt noch leben.“

Den Sündenbock wird man vielleicht noch obendrein in die Wüste jagen.

Spanien.

Eine spanische Fremdenlegion? Der Frankfurter Zeitung wird aus Madrid geschrieben: Am 25. August wird in Madrid die Entscheidung über eine seltsame Ausschreibung fallen, über deren Einzelheiten die Gazette einige interessante Angaben macht. Es handelt sich um eine Lieferung für die Regierung; aber nicht etwa um eine Lieferung von Waren, Gegenständen oder Arbeiten, sondern um nichts weniger als um eine Lieferung von Menschen. Es handelt sich um Herbeischaffung von Freiwilligen, die als Rekruten in die afrikanischen Truppenteile Spaniens eintreten sollen. Der „Unternehmer“ muß sich der Regierung verpflichten, ihr im Laufe von zwei Jahren 40000 Rekruten zu verschaffen, und zwar alle halbe Jahre je 10000 Mann. Dafür bezieht der Unternehmer von der Regierung für jeden Anwärter auf militärische Ehre in Afrika 300 Pesetas (240 Mk. R. d. L. W.). Für den Transport der Rekruten hat der Unternehmer eine Kautions von 40000 Pesetas zu hinterlegen; und für jeden an der vorgeschriebenen halbjährlichen Zahl von 10000 Leuten fehlenden Kopf werden ihm 50 Franc von der Summe abgezogen, die er für die herbeigeschafften Freiwilligen erhält. Da bei der allgemeinen Dienstpflicht in Spanien die jungen Spanier im eigenen Heere dienen, wird die Zahl derer, die nach Ableistung ihrer Dienstzeit freiwillig in Afrika eine neue Soldatenzeit durchmachen wollen, im eigenen Lande nicht groß genug sein, um die Reihen der Kolonialtruppen voll auszufüllen, so daß die modernen Werber ihre Tätigkeit im Auslande entfalten müssen.

Balkan.

Rußland und das Vorrücken der Türken. Aus Petersburg kommen Nachrichten, nach denen Rußland versucht, einen stärkeren Druck auf die Türkei auszuüben, um sie zur Räumung Thrakiens zu veranlassen. Die „Woj.“ meldet aus Petersburg: Saisonweise teilt dem hiesigen türkischen Botschafter mit, daß Rußland gegen den türkischen Vormarsch auf dem rechten Marikauer die allerentschiedensten Maßregeln ergreifen wird, da es das Benehmen der Pforte als Herausforderung der Mächte ansieht. Die Meldung von einem bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und der Pforte wird im hiesigen Auswärtigen Amt als verjährt bezeichnet, die Lage wird aber als sehr ernst beurteilt.

Ein weiteres Telegramm desselben Blattes besagt: Der Chef des Departements des nahen Ostens, Fürst Trubekoi, erklärt, der russische Botschafter in Konstantinopel habe gegen den türkischen Vormarsch auf dem rechten Ufer der Marika energischen Protest erhoben, der zur Folge hatte, daß die türkischen Truppen zurückbeordert wurden. Diese Frage sei somit erledigt. Was Adrianopel angeht, so seien die Mächte darüber einig, daß es nicht türkisch bleiben darf. Der Vorschlag des Finanzbrotts sei von allen Mächten angenommen worden, selbst Deutschland sei mit ihm grundsätzlich einverstanden. Der Pforte wurde bereits mitgeteilt, daß sie auf keine finanzielle Unterstützung der Mächte rechnen könne. Außerdem wird geplant, die Großbanken vor finanziellen Transaktionen mit der Türkei zu warnen. Trubekoi hält das für genügend, um eine neue türkische Unterjochung zu machen.

Dagegen meldet der Petersburger Berichterstatter des Pariser „Matin“, wie es scheint, sei in den Ansichten

Rußlands über die Lösung der Adrianopelfrage ein Umschwung eingetreten. Das russische Kabinett sei zu der Ansicht gekommen, daß angesichts der Uneinigkeit der Großmächte in der Frage von Adrianopel es schließlich allein dastehen würde, wenn es auf eine Räumung dieses Platzes durch die Türken drängen sollte. Daraus aber könnten sich Folgen von schwerwiegender Tragweite ergeben, die imstande wären, die so günstige innere Entwicklung, der sich Rußland gegenwärtig erfreut, zu gefährden. Endlich glaube auch Rußland, daß es wirklich genug für die Balkanstaaten getan habe. Allerdings käme noch das friedliche Mittel einer finanziellen Boykottierung der Türkei in Betracht, aber auch dieses dürfte kaum zum Ziele führen, denn mit 500000 Pfund, die die Pforte demnächst von der Tabakregie erhält, kann sie schon noch eine geraume Zeit ihre Ausgaben bestreiten. Aus allen diesen Erwägungen heraus werde man sich schließlich an der Newa damit abfinden, daß die Türkei wieder der Adrianopel behält, allein darauf unter allen Umständen bestehen, daß Bulgarien jener Teil des Balcanschen Meeres, der ihm durch den Bukarester Friedensvertrag zugesprochen wurde, sowie das rechte Marikauer verbleibt.

Die griechischen Truppen, die sich aus dem bulgarischen Gebiet zurückgezogen haben, zwingen die Bevölkerung, ihnen zu folgen, indem sie die Besitzungen der Bulgaren in Melnik plündern und die Stadt in Brand stecken. Die Griechen nahmen auch 3500 Bulgaren aus diesem Gebiet als Geiseln mit fort.

Um die Einschleppung der Cholera durch die zurückkehrenden rumänischen Truppen zu verhüten, werden umfassende Maßregeln getroffen. Das Gros der Truppen befindet sich bereits in der Nähe der Donau, die sie bei Corabia, Jimnicca und Magurelle überschreiten. Die Truppenkörper, in welchen Cholera festgestellt wurde, sollen eine fünftägige Quarantäne an der Donau einhalten, bevor sie in die Friedensgarnisonen abrüden. Dem amtlichen Bulletin zufolge beträgt die Zahl der Todesfälle bei der Armee 6 Offiziere und 867 Mann.

Amerika.

Um Mexiko. Im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten wurde eine Resolution eingebracht, durch die Präsident Wilson ersucht wird, die notwendigen Schritte zu tun, um amerikanische Truppen zum Schutz der Ausländer nach Mexiko zu senden. Dies soll jedoch, wie die Resolution darlegt, kein unfreundlicher Akt gegenüber Mexiko sein. Die Resolution sieht die Bewilligung von 25 Millionen Dollars für die geforderten Schritte vor. Die Debatte, die sich an diese Resolution angeschlossen, zeigte die Geneigtheit beider Parteien, die Politik des Präsidenten gutzuheißen. — Die Mexikaner werden diesem Truppentransport feindlich gegenüberstehen; sie glauben nicht daran, daß derselbe lediglich dem Schutz der Ausländer dienen soll.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 22. August.

Sind das ankündigende Kampfmittel? Am Dienstag veröffentlichten wir eine Notiz, in welcher wir die Kampfesweise der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung einer scharfen, aber berechtigten Kritik unterzogen. Das hat die hiesige Geschäftsstelle des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten arg verärgert; in einem eingeschriebenen Brief fordert sie uns um Mitteilung der Unterlagen dafür auf, daß die öffentlich-rechtliche Volksversicherung mit offensichtlichen Unwahrheiten operiert und in ihrer Werbearbeit zu solchen unanständigen Mitteln greifen muß. Zum Schluß droht sie uns mit „weiteren Schritten“.

Wir kommen der Aufforderung, Material für die unanständige Kampfesweise der Öffentlich-rechtlichen beizubringen, an dieser Stelle gerne nach, um dadurch der Bevölkerung an der Hand von Tatsachen die Möglichkeit zu bieten, sich selbst ein Urteil über die Agitationsmethode der Öffentlich-rechtlichen zu bilden. Bereits am Dienstag haben wir darauf hingewiesen, daß man sich nicht scheut, die „Volksfürsorge“ zu einem sozialdemokratischen Unternehmen zu stempeln, trotzdem man auf jener Seite genau weiß, daß die „Volksfürsorge“ ein gewerkschaftlich-gesellschaftliches Unternehmen ist und mit der Sozialdemokratie auch nicht das allergeringste zu tun hat. Das hat ja auch der Geschäftsführer der Öffentlich-rechtlichen, Herr W. Herfurth, mehrfach in Versammlungen zugegeben, was ihm allerdings nicht abgehalten hat, vor kurzem in einem Artikel der „Lübener Nachrichten“ die Behauptung aufzustellen: „Die „Volksfürsorge“ ist im eigenen Sinne ihrer Zwecke, in ihrer Organisation, überhaupt in ihrem ganzen Auf- und Ausbau als sozialdemokratisch anzuprechen. Sie ist politisch und wird politisch bleiben.“ Man muß sich angesichts dieser Tatsachen darüber wundern, daß Herr Herfurth nun noch den Mut besitzt, von uns Material für die unanständige Kampfesweise der Öffentlich-rechtlichen zu verlangen. Oder ist es vielleicht anständig, wenn man in der Presse und bei der Propaganda Behauptungen aufstellt, die man selbst dem Gegner gegenüber als nicht den Tatsachen entsprechende bezeichnet? Wir sind überzeugt davon, daß jeder, der noch im Besitze seiner fünf Sinne ist, ein solches Verfahren als unanständig bezeichnen muß.

Daß bei der Propaganda für die Öffentlich-rechtlichen mit offensichtlichen Unwahrheiten operiert wird, dafür ein Beispiel: In Seereh „arbeitet“ ein Herr Hugo Schmidt, in Lübeck wohnhaft, für die genannte Volksversicherung. Sowohl schriftlich als auch mündlich ist uns nun mitgeteilt worden, daß dieser Herr die Behauptung aufgestellt hat, er hätte den Genossen Stellung in einer Versammlung im „Grauen Esel“ schon einmal so fest gehabt, daß dieser nichts mehr erwidern konnte. Stellung sei in der Versammlung ausgelacht und ihm (Schmidt) wäre applaudiert worden. Der Zweck solcher Behauptungen ist ja offensichtlich. Man will die „Volksfürsorge“ und ihre Propagandisten in ein falsches Licht stellen, will sie diskreditieren. Nun ist aber das Bezeichnende an der ganzen Sache, daß in der Versammlung im „Grauen Esel“ ein Herr Schmidt überhaupt nicht gesprochen hat. Dort trat für die Öffentlich-rechtlichen nur Herr Herfurth auf. Unwahrscheinlich, daß Genosse Schmidt in dieser Versammlung ausgelacht worden sei; im Gegenteil! Seine Aufforderung, nicht auf den Leim der Öffentlich-rechtlichen zu kriechen, fiel auf fruchtbaren Boden. Nur einige wenige Versammlungsbesucher unterschrieben einen Zettel, in welchem um Zustellung des Materials der Öffentlich-rechtlichen ersucht wird. Das waren äußerst minimale Erfolge der Öffentlich-rechtlichen, auf die ihre Diaber gewiß nicht stolz sein können. Umso mehr aber sollten sie sich hüten, mit direkten Unwahrheiten — wie es in Seereh geschieht — zu operieren.

Unsere Leser erfahren aus diesen Tatsachen, wie die Sache in Wirklichkeit liegt. Sie werden mit uns zu der Ueberzeugung kommen, daß wir mit unserer Kennzeichnung der Kampfweise der Deffentlich-rechtlichen das richtige getroffen haben. Sie werden jetzt auch die Drohung der Geschäftsstelle mit den „weiteren Schritten“ richtig einschätzen und nun erst recht mit verdoppelter Eifer in die Propaganda für die „Volksfürsorge“ eintreten. Das ist die beste Antwort, die wir der Deffentlich-rechtlichen auf ihre Kampfweise und auf ihre Drohungen mit dem Kadibeben können.

Die Holzarbeiter im Werftarbeiterstreik. Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Der Verband der Metallindustriellen hat die Arbeitsnachweise in den Werftorten wieder geschlossen, was darauf hinausläuft, daß die Werftarbeiter in der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Unternehmer gehindert werden. Die Unternehmer versuchen, für diese ihre rigorose Maßregel die Arbeiter verantwortlich zu machen und greifen zu dem Zweck die Holzarbeiter herauf, um diesen die Schuld in die Schuhe zu schieben, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nicht glatt vor sich gegangen ist. In Wirklichkeit liegt der Sachverhalt so, daß der Holzarbeiterverband in der ganzen Angelegenheit den gleichen Standpunkt einnimmt, wie die übrigen Organisationen. Und auch die Holzarbeiter selbst fühlen sich in gleicher Weise mit den übrigen Werftarbeitern solidarisch. In den Orten Vegesack, Kiel, Flensburg und Stettin haben bereits die Holzarbeiter ebenso wie die übrigen Werftarbeiter ihre Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den bekannten Bedingungen beschlossen. Vorkäufig sind die gleichen Beschlüsse der Holzarbeiter in Hamburg, Bremen und Bremerhaven zwar noch nicht gefaßt, was aber einzig und allein darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiter keine Gewähr dafür haben, durch die Unternehmernachweise jetzt überhaupt eingestellt zu werden. Dazu kommt, daß sich auch an diesen Nachweisen durch den Massenandrang der letzten Tage Zustände herausgebildet haben, die nachgerade für Leben und Gesundheit der Arbeiter, die diese Nachweise benutzen sollen, gefährlich waren. In der rigorosesten Weise werden die Arbeiter tagelang an die Nachweise bestellt, und wenn nach Stundenlangem Warten der Einzelne dann endlich an die Reihe kommt und glaubt, vermittelt zu werden, erhält er die Antwort: „Sie sind noch nicht an der Reihe!“ Schließlich hat an einzelnen Orten durch das Dazwischentreten der Polizei eine derartige Erbitterung in die Reihen der Arbeiter Platz gegriffen, daß die Unternehmer, die für diese Zustände verantwortlich sind, zum mindesten keine Ursache haben, einzelne Arbeiterkategorien hierfür verantwortlich zu machen. Die Holzarbeiter müssen die Verantwortung für die Zustände, die sich in den letzten Tagen an den einzelnen Orten herausgebildet haben, entschieden ablehnen. Sie sind sich der Pflicht gegenüber der Gesamtheit der Arbeiter wohl bewußt und werden zweifellos ihre Beschlüsse auch so einrichten, wie es die allgemeine Solidarität der Arbeiterschaft von ihnen erfordert.

Weibliche Hilfskräfte als Maurer-Handlanger. Schon lange hat die Beschäftigung darauf hingewirkt, daß die Frauenarbeit im Bauberufe beseitigt wird; dieselbe ist deshalb auch durch bundesgesetzliche Erlasse verboten worden. Nur ganz vereinzelt kann man in Süddeutschland und im Erzgebirge die Frauenarbeit noch antreffen. Man sollte es aber doch nicht für möglich halten, daß in Lübeck ein Bauherr (Zohrmann) junge Mädchen als Stein- und Kalkträger verwendet. Der Hilfsarbeiterlohn im Baugewerbe beträgt 56 Pfg. pro Stunde, die Mädchen bekommen 22 Pfg.; allerdings ein großer Unterschied. Wir bezweifeln aber, daß die Arbeiter billiger werden, wenn die weiblichen Kräfte die völli gste Kraft fehlt, die dem Bauarbeiter verlangt wird. Aber im Interesse der Arbeitslosen, welche im Baugewerbe in großer Zahl vorhanden sind, fordern wir in erster Linie, daß die hiesigen Steuerzahler berücksichtigt werden. Auch die Polizeibehörde mußte diesem Zustand ein Ende machen.

Direktor Feldhusen, eine stadtbekannt Persönlichkeit, ist am Dienstag in Hamburg, wo er bei seiner Schwester wohnt, verstorben. Im Jahre 1888 übernahm F. die Leitung des Wilhelmstheaters und hat hier auf schauspielerischem Gebiete dem mehr oder minder zahlungsfähigen Publikum wirklich Gutes geboten. Mit kurzer Unterbrechung hat der Verstorbenen das Wilhelmstheater bis zu seiner polizeilichen Schließung geleitet. Dann übernahm er im Jahre 1905 das Sommertheater in der Stadthalle. Trotzdem er auch hier mit Erfolg bestrebt war, künstlerisch Gutes zu bieten, ließ ihn das zahlungsfähige Theater-Publikum im Stich. Der finanzielle Erfolg blieb aus; F. arbeitete mit Verlusten. Mit Ablauf der Sommerpielzeit 1911 gab er das Sommertheater in der Stadthalle auf. In jüngeren Verhältnissen hat er seinen Lebensabend beschließen müssen, nachdem ihm ein Gläubiger einer Restschuld wegen seiner letzten Sachen hatte nehmen lassen. Das Ableben Feldhusens wird in weiten Kreisen Lübecks lebhaft Anteilnahme erwecken.

pb. Gestohlene Felle. Am 18. ds. Mts. gegen 4 1/2 Uhr nachmittags sind bei einem hiesigen Fellschneider mehrere braune, weißgefleckte Kalbfelle abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen worden. — In der Zeit von Ende Juni bis Mitte Juli ds. Js. sind einem hiesigen Pelzgeschäfts-inhaber vermutlich von einem bei ihm beschäftigten Gehilfen acht prima blaue nordische Steinmarderfelle gestohlen worden.

pb. Gesundener Speck. Am Sonnabend, dem 16. ds. Mts. ist im Lünenhagen eine Seite mageren Speck gefunden worden, die vermutlich aus einem Diebstahl herrührt. Der Speck ist im Fundbureau des hiesigen Polizeiamtes abgegeben worden.

b. Ferienstrafkammer am 22. August. Ein Beschäftigter der b. Seit 30 Jahren macht der Arbeiter S. aus Braunschweig seine regelmäßigen Besuche im Gefängnis. Diese Besichtigungsjahre gingen an dem jetzt grau gewordenen Manne spurlos vorüber. Im Juli wollte er angeblich in Niendorf a. d. Nisse nach Arbeit fragen. Da im Augenblick niemand im Hause war, nahm S. von den 8-9 Paar dastehenden Schuhen ein Paar im Werte von 16 Mk. mit. Der Arbeiter L. kaufte sie ihm für 1,50 Mk. ab und machte sich dadurch der Heisterlei schuldig. Gegen S. wird die Regelstrafe von einem Jahre Zuchthaus beantragt und ausgesprochen, während L. mit 5 Wochen davonkommt, die um zwei Wochen angerechnete Untersuchungshaft gekürzt werden.

Ein Feuer äscherte am Mittwochabend 10 1/2 Uhr eine zur Welterauer Stiftung in Welterau gehörige Scheune ein. Mitverbrannt sind leider 3 Schweine, eine Reihe Hühner und mehrere Fuder Heu. Man vermutet Brandstiftung.

Die Geschäftsräume der Gerichtsstaffe und des Gerichtsvollziehers befinden sich forsan im Gerichtsgebäude Zimmer Nr. 18, rechts vom Haupteingange liegend.

Schulrup. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Sonnabend, dem 9. August, abends von 5 bis 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Saborowski, „Gathof zur Linde“, statt.

Obdieser. Ein Großfeuer äscherte Mittwoch nachmittag das in der Königstraße belegene Doppelhaus der Wwe. Thöne total ein. Dasselbe war von 7 teilweise sehr inderreichen Familien bewohnt, von denen mehrere unverletzt sein sollen. Man vermutet Brandstiftung und glaubt dem Täter schon auf der Spur zu sein.

w. Mölln. A n d e r u n g e n a n e r l a s s e n e n B e s t i m m u n g e n für die noch im Bau befindliche Wasserleitung, noch nicht im Bau befindliche Kanalisationsanlage und für das seit einigen Tagen in Betrieb befindliche Krankenhaus war die Signatur der heutigen Kollegien Sitzung. Für die Wasserleitung be-

antragt der Magistrat Wassermesser anzuschaffen, weil der Wasserverbrauch ein so großer sei, daß die Maschinen im Pumpwerk vorzeitig verbraucht würden. Zu beachten ist hierbei, daß erst ein Teil der Stadt Anschluss an die Wasserleitung hat und daß die Kanalisation noch nicht im Bau ist. Was soll erst werden, wenn durch die anzulegenden Spülklosetts usw. der Wasserverbrauch noch viel größer wird? Hat man in Mölln eine Wasserleitung gebaut, die für die hiesigen Verhältnisse nicht leistungsfähig genug, d. h. von vornherein zu klein ist? Die Stadtverordneten lehnten die Wassermesser ab. — An den technischen Vorschriften für die Entwässerungsanlage wurden einige Änderungen bezüglich der zu verwendenden Rohrweiten genehmigt. — Für ein einzurichtendes Eichamt soll ein Lokal beschafft werden. Die Kollegien sollen ein solches Lokal suchen, da der Magistratsvorschlag, einen Raum der Turnhalle hierzu zu verwenden, keine Gegenliebe fand. — Der Brunnenbohrer Wiedemann, der die Brunnen für die Wasserleitung erhöhte, und hierbei auf Widerwärtigkeiten stieß, so daß manchmal die Meinung in der Stadt verbreitet war, die Brunnenbohrer könnten überhaupt nicht weiter und Wasser gebe es nicht, fordert von der Stadt als Pfaster für diese Widerwärtigkeiten resp. für größere Unkosten die Summe von 45 128,25 Mark, während er vertraglich nur 18 871,35 Mk. zu beanspruchen hat; die Forderung wurde abgelehnt. — Die heute stattgehabte Öffnung der Offerten für die Arbeiten der Kanalisation, also Rohrverlegung usw., ergab Überraschungen, während eine Firma 214 775,25 Mk. fordert, will die Firma Reichard, Spanbau, die die Wasserleitungsrohre verlegt, mit 104 898,75 Mk. auskommen. Daß bei diesen Werten die Arbeiter der leidende Teil sein müssen, ist wohl ohne Frage. Der Zuschlag soll in geheimer Sitzung erteilt werden. — Für die schon so viel besprochenen Lehrerwohnungen werden zur Instandsetzung derselben 2500 Mk. bewilligt. Auch für die Instandsetzung der Gasmeisterwohnung werden 1400 Mk. bewilligt; beide Summen sollen Referendarmitteln entnommen werden. Der Ankauf eines Gartens von O. Michelsen am Krankenhaus wurde noch nicht genehmigt, es sollen erst mit einem Anlieger Austauschverhandlungen versucht werden. Die Grundstücke von Kottbusch und Wendt erhalten Anschluss an die Wasserleitung. Beim Krankenhausstarik wurden einige Änderungen beschlossen, der ganze abgeänderte Tarif soll veröffentlicht werden. In der Hauptsache wurde beschlossen, daß Operationen außerhalb der Verpflegungsjahre bezahlt werden müssen, Bäder nur an Krankenhauspflanzlinge verabfolgt werden, Ab- und Zugangstag sollen nur dann für einen Tag gerechnet werden, wenn an diesen Tagen für die Pflanzlinge Mittagessen nicht geliefert wird und bei Beerdigungen von der Leichenhalle aus sollen 3 Mk. für diese bezahlt werden. Wir werden den Tarif später veröffentlichen.

Hamburg. Zur sozialdemokratischen Kandidatur im ersten Reichstags-Wahlkreise. Gegenüber den Nachrichten, die die bürgerliche Presse bereits über den Nachfolger unseres verstorbenen Genossen Hebel im ersten Hamburger Reichstags-Wahlkreise verbreitet, können wir mitteilen, daß die Vertrauensleute des ersten Hamburger Kreises beschlossen haben, Genossen Otto Stöckert, Redakteur am „Hamburger Echo“, als Kandidaten für den Reichstag vorzuschlagen. Die definitive Entscheidung über die Kandidatur wird in der nächsten Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Anfang September fallen.

Hamburg. Für 50000 Mark Juwelierwaren gestohlen. Als gestern morgen die Reinmachefrau in dem Juweliersgeschäft von Knapp u. Schleifinger, Jungfernstieg 14, sich an ihre tägliche Arbeit machen wollte, bemerkte sie, daß sämtliche Kästen des Geschäfts entweder nur angelehnt oder auch ganz offen waren. Ferner sah sie beim Betreten des Ladens, daß sich in der Decke ein großes Loch befand und der Fußboden mit Kalk und Schmutz bedeckt war. Sie alarmierte daher schnell die Firmeneinhaber, die nur zu bald feststellen konnten, daß in der Nacht Einbrecher in ihrem Laden gehaust und für etwa 50000 Mark Juwelierwaren gestohlen hatten. Es wurde festgestellt, daß die Einbrecher sich zunächst Eingang verschafft hatten in die Etage, die sich über dem Juweliersgeschäft befindet, dann haben sie durch den Fußboden ein Loch gebohrt und sich an einer Strickleiter in die Tiefe gelassen. Soweit bis jetzt ermittelt werden konnte, sind ihnen u. a. etwa 50 goldene Zigarrenetuis, 12 goldene und 50 silberne Börsen, 50 Perrenutschnabeln, 20 silberne und goldene Damen- und Herrenuhren, 12 goldene Armbänder für Uhren, zwei Platinarmbänder für Uhren, 11 goldene Armbänder, ein wertvolles Perlenkollier, das sich zurzeit in Reparatur befand, und viele andere Sachen in die Hände gefallen. Von den Dieben fehlt bis zur Stunde jede Spur.

Hamburg. Ein überaus dreister Kassenraub, wie er erst kürzlich in Kopenhagen ausgeführt worden ist, beschäftigt zurzeit die Hamburger Kriminalpolizei. Am Donnerstag vormittag gegen 10 Uhr drangen zwei junge Leute in die Weringstraße 40 in Wilhelmsburg gelegene Gemeindeparkasse ein. In dem Kassenraum befanden sich, da der Kassendirektor gerade auf Urlaub weilt, nur der Sparkassengegenwärtiger P. Bethge und die Gehilfen Hebbeln und Schmidt. Die beiden Männer, die den durch eine hohe Barriere vom Kassenraum getrennten Raum für das Publikum betreten, zogen plötzlich gleichzeitig Revolver hervor und riefen: „Hände hoch!“ Bethge flüchtete sofort hinter den Kassentisch, während Hebbeln lächelnd dastand, da er annahm, daß es sich um einen Scherz handelte. Der andere Gehilfe, Schmidt, sprang schnell aus dem Fenster auf die Straße hinaus, um Hilfe zu holen. Was nun folgte, war das Werk weniger Augenblicke. Die beiden Räuber fanden Bethge hinter dem Kassentisch und forderten ihn auf, die Hände hochzuhalten. Gleichzeitig versuchte der eine Burche über die Barriere zu springen. Da es ihm aber nicht gelang, suchte er den Durchgang und gelangte in den Kassenraum. Im selben Moment wollte sich Bethge auf ihn stürzen, als ein Schuß ertönte. Der eine Räuber hatte seinen Revolver abgefeuert. Die Kugel drang in die Wauer ein, doch feuerte der Räuber gleich darauf eine zweite Kugel ab. Dieses Geschöß drang dem Gegenwärtiger in den Kopf und verletzte ihn so schwer, daß er bewußtlos zusammenbrach. Inzwischen hatte sich der eine der Täter an den Kassentisch begeben, wo er sich das darauffliegende Bargeld in Höhe von 213,50 Mk. aneignete. Ein neben dem Bargelde liegendes Päckchen Bannoten im Werte von 6500 Mk. haben die Räuber in der Eile gar nicht gesehen und unbeachtet liegen lassen. Hierauf wandten sie sich an Hebbeln, der unter Vorhaltung der Revolver zur Öffnung des Tresorraumes aufgefordert wurde. Angesichts der drohenden Haltung mußte Hebbeln schließlich den Tresorraum öffnen, Licht einschalten und sollte dann auch die zu den Kammern führende zweite Tür öffnen. Als Hebbeln antwortete, daß der hierzu gehörende Schlüssel sich im Besitz des Niedergeschossenen befände, wurde er aufgefordert, den Schlüssel zu holen. Nun sagte der junge Mann einen schlauen Gedanken. Er hatte die Absicht, die beiden Räuber in den Tresorraum einzusperrn und versuchte die erste Tür, die ein sogenanntes Schnappschloß besitzt, zu öffnen, doch funktionierte das Schloß nicht, da sich zwischen das Schloß und die Fassung ein elektrischer Leitungsdraht geklemmt hatte. Die beiden Räuber, die mittlerweile wohl befürchteten, ergriffen zu werden, suchten jetzt den Ausgang auf, fragten Hebbeln, ob er auf sein Ehrenwort sagen könne, daß sich kein Geld mehr in der Kasse befände, und ver-

ließen, als Hebbeln die gewünschte Antwort gab, den Kassenraum. Wie sich herausstellte, sind die beiden Männer per Autotaxe zur Sparkasse gefahren und haben auch nach der Herausgabe des in der Schillerstraße haltende Harburger Auto I S 1637, das einem Automobilbesitzer Nagel in Harburg gehört, wieder bestiegen. Als der Kassenraub durch den durchs Fenster geflüchteten Gehilfen Schmidt bekannt wurde, wurden sofort die nötigen Ermittlungen eingeleitet. Der schwerverletzte Bethge kam ins Marienkrankenhaus in Hamburg. Der Chauffeur, der die beiden Banditen nach der Sparkasse gefahren hatte, wurde ermittelt. Der Führer, namens Albers, sagte aus, daß er in Harburg von den beiden Banditen zur Fahrt angenommen worden sei. Er habe den Auftrag erhalten, in der Schillerstraße zu halten und mit angehaltenem Motor auf die Rückkehr der Fahrgäste zu warten, was er auch getan habe. Später hat er die Täter nach Weddel gefahren, wo er sie vor einem Wirtschaftslokal absetzte und entlohnt wurde. Die Recherchen haben inzwischen bereits zur Feststellung der Persönlichkeit eines der Räuber geführt. Dieser ist der am 11. Juni 1894 zu Wisenau, Kreis Dirschau, geborene Kellner Frik Hannemann. Hannemann war früher im Wilhelmsburger Ratsweinkeller beschäftigt und wohnt seit einiger Zeit in Hamburg in Hohenfelde. Auch sein Komplize soll ein Kellner sein. Er ist mittelgroß, schlächtilig, blaß, hat das Aussehen eines Ausländers und trug grauen Sommerüberzieher mit grauem Schlapphut. Hannemann ist bedeutend größer als sein Komplize, sieht frisch aus, hat dunkles Haar und trug einen Regenmantel sowie schwarzen Hut.

Kiel. Neue Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme der Arbeit auf den Werften. Die Werftbesitzer sind nach Kräften bemüht, den Arbeitern immer neue Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme der Arbeit zu machen. So haben sie statt der bisherigen Freitagslöhngzahlung die Sonnabendslohngzahlung eingeführt, ebenso auch die Geschirrablieferung nach Schluß der Arbeitszeit. Ueber diese verschlechterten Arbeitsbedingungen haben zwischen den Werftbesitzern und den Vertretern der Arbeiter Verhandlungen stattgefunden, die jedoch zu keinem Resultat geführt haben. Die Werftbesitzer erklärten, die Sonnabendslohngzahlung und die Geschirrablieferung nach Schluß der Arbeitszeit sei auch auf allen anderen Werften wieder eingeführt worden. Die letztere Maßnahme läge auch im Interesse der Arbeiter. Wenn ein Teil der Arbeiter sich herausnehme, die Arbeit früher zu verlassen, so bringe das mit sich, daß auch andere Arbeiter die Arbeit früher verlassen müssen. Die Vertreter der Arbeiter erklärten den Werftbesitzern, sie hätten mit den Verhandlungen so lange warten sollen, bis die Arbeit voll aufgenommen worden sei, dann hätte sich wohl auf eine andere Weise eine Verständigung finden lassen. Jetzt müßten solche Maßnahmen bei den Arbeitern, die bereit seien, die Arbeit zu den alten Bedingungen aufzunehmen, Verzögerung hervorzurufen. Mit der Germaniamerit haben auch Verhandlungen stattgefunden wegen der Wiedereinstellung der Heizer, Maschinenisten und Magazinarbeiter. Die Vertreter der Werft erklärten, diese Arbeiter würden wohl wieder eingestellt, doch könne ihnen nicht zugesagt werden, daß sie auf ihre alten Plätze kommen. Alle diese neuen Schwierigkeiten sind den Zentralvorständen der Gewerkschaften mitgeteilt worden und dürften sie bei den jetzt stattfindenden Beratungen miterörtet werden.

Meinhardt. Unterschlagungen eines Magistrate-Sekretärs. Erhebliche Unterschlagungen städtischer Gelder hat sich der Magistratssekretär Will Behne aus Neustadt i. S. zuschulden kommen lassen. Er stand beständig heute vor der Strafkammer in Kiel. Behne war bei der Stadtverwaltung in Neustadt tätig und durch seine Finger gingen alle Gelder, die an die Stadtverwaltung eingeliefert wurden. In der Zeit von September 1912 bis Juni 1913 hat er 3035,33 Mk. unterschlagen. Bekümmert hauptsächlich er habe in Kiel, wo er früher tätig war, 2000 Mk. Spielschulden gshafft. Wegen dieser Schulden sei er verklagt worden, und da habe er sich an dem städtischen Gelde vergreifen. Er hat flott gelebt und mußte selbst zugeben, daß er das unterschlagene Geld nicht allein zur Schuldentilgung verwendet hat, sondern daß er damit auch sein flottes Leben fortsetzte. Die Unterschlagungen kamen heraus, als der Jahresabschluss gemacht werden sollte. Der Stadtkassierer drängte und Behne versuchte in Kiel vergeblich, Geld zu bekommen, um den Schaden zu decken. Als ihm das nicht gelang, gestand er die Unterschlagung ein. Sein Vater hat inzwischen das unterschlagene Geld ersetzt. B. wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, sechs Wochen der Untersuchungshaft wurden in Anrechnung gebracht.

Londern. Tragisches Geschid. Ein Kind des Landmannes Lorenzen biß sich in die Zunge, worauf eine starke Blutung eintrat, so daß das Kind ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Hier gelang es zwar nach längeren Bemühungen, die Blutung zu stillen, doch war das Kind schon so schwach, daß es kurze Zeit später gestorben ist.

Bremen. Großfeuer in einem Hafenspeicher. Im Speicher 2 des Freihafens 1 brach am Donnerstag mittag infolge Explosion einer Kiste mit Celluloidwaren Großfeuer aus. Das Feuer entstand in den Räumen der Exportfirma Goldberg, Fürst u. Co. und äscherte dort Seiden- und Baumwollwaren im Werte von 40 000 Mk. ein. Es sprang dann auf die Lagerräume der Firma Schütt u. Binemann über und richtete in deren Kaffee- und Tabaklager einen Schaden von etwa 100 000 Mk. an. Bei der Explosion wurde ein Küber schwer verbrannt. Dem Eingreifen der Feuerwehr gelang es, eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern.

Odenburg. 25 Jahre Wahlverein. Der sozialdemokratische Wahlverein Odenburg begeht am Sonnabend, dem 23. August d. Js., das fünfundsanzigjährige Jubiläum seines Bestehens. Es dürfte wenig Gegenden und Orte im deutschen Reich geben, wo der zu beackende Boden für unsere Genossen so hart und steinig war, und teils noch ist, wie in der industriellen Beamten- und Residenzstadt Odenburg. Beamte und Kleinbürger drückten diesem Orte, als das Sozialistengesetz brutal jeden sozialistischen Funken zu zertreten suchte, besonders ihren Stempel auf und nur unter den größten Anstrengungen und persönlichen Opfern ist es gelungen, die Partei auch hier festen Fuß fassen zu lassen. Bei den Septenatswahlen 1887 wurden im ersten odenburgischen Reichstagswahlkreise, zu dem auch die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld zählen, erst 924 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht; 1912 war diese Stimmenzahl auf 10 235 gestiegen und steht unser Kandidat in dem noch heute vorwiegend agrarischen Wahlkreise bereits seit mehreren Wahlperioden mit den nationalliberalen oder fortschrittlichen Kandidaten in Stichwahl. In der Stadt Odenburg selbst, in der vor fünfundsanzig Jahren niemand wagen durfte, sich öffentlich zur Sozialdemokratie zu bekennen, zählt der sozialdemokratische Wahlverein heute 1528 Mitglieder, darunter 447 Frauen, trotzdem auch jetzt von einer industriellen Unterwirdung in dem Residenzen noch immer keine Rede sein kann. Landtagsabgeordneter Hug-Küfstringen hat eine kurze Jubiläumsschrift verfaßt, die vom sozialdemokratischen Wahlverein verlegt wird und einen Teil der Parteigeschichte für das Großherzogtum Odenburg und Ostfriesland darstellt. In interessanter Weise werden die Kämpfe geschildert, die die Partei endlich auch hier vorwärts brachten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LUBECK

Holstenstraße.

Für je 20 Pfennig
des Einkaufs
eine Rabattmarke.

Lebensmittel bester Qualität enorm preiswert.

6244

Gelbe Bananen . . Pfd. 30³
Kochbirnen Pfd. 10³
Kochäpfel . Pfd. 15³, 10³
Tafelbirnen . Pfd. 30³, 20³
Blaue Pflaumen 2 Pfd. 25³
Gr. Tafelpflaumen Pfd. 20³
Himbeeren Pfd. 35³
Johannisbeeren . Pfd. 10³
Weintrauben . . . Pfd. 40³
Zucker-Melonen . Pfd. 60³
Tomaten . . Pfd. 30³, 20³
Zitronen Stück 5³
Salatgurken St. 20, 15, 10³

Schnabel-Erbesen . Pfd. 15³
Große Bohnen . . Pfd. 5³
Schneidebohnen . Pfd. 15³
Perlbohnen Pfd. 10³
Stangenbohnen . . Pfd. 10³
Wachsbohnen . . Pfd. 10³
Rhabarber Pfd. 10³
Radieschen . . . 3 Bund 10³
Kopfsalat 3 Kopf 10³
Wurzeln 3 Bund 10³
Blumenkohl 20³, 15³, 10³
Weißkohl . . Kopf 20³, 15³
Rotkohl . . Kopf 20³, 15³

Lange
Kartoffeln 20³
10 Pfd. 36³, 5 Pfd. 20³

Holsteiner
Landschinken 130
in Stücken v. 1-3 Pfd. Pfd.

Zucker z. Einmach.
Kristall, Pfd. **21³**

Brodenzucker **23³**
Pfund

Kakao gar. rein Pfd. 120 100 80³
Kaffee tägl. fr. Pfd. 150 140 125³
Malzkaffee Pfd. 30³
Puddingpulver 10 Paket 45³
Bienenhonig . Pfundglas 95³
Kunsthonig . 5-Pfd.-Eimer 185³
Kunst-Marmelade 5-Pf.-E. 125³
Matjes-Heringe 3 Stück 25³
Palmitin Pfund 73³
Schweineschmalz . Pfd. 76³
Margarine Pfd. 75³, 68³, 60³
Feinste Meiereibutter Pfd. 120³
Frische Landeier 13 Stück 100³

la. Aufschnitt . . . Pfund 160³
Hamburg. Gekochte Pfd. 110³
Delikateß-Sülze . Pfund 80³
Hildesh. Leberwurst Pfd. 110³
Hausm.-Leberwurst Pfd. 140³
Braunsch. Blutwurst Pf. 140³
la. Land-Mettwurst 120 u. 100³
Speck fett u. mager . . Pfd. 110³
Tilsiter Käse vollfett Pfd. 80³
la. Holländ. Käse Pfd. 95³
Schaikäse imit. . . . Pfd. 70³
Limburger Käse . Pfd. 50³
Romadour sehr pik. Stück 10³

Frisches Fleisch •
vom Lübecker Schlachthof •

Junges Rindfleisch **80³**
Bratenstücke Pfd. 90³ Pfd.

Jung. Schweinefleisch **83³**
Bratenstücke Pfd. 95³ Pfd.

Junges Hammelfleisch **88³**
Bratenstücke Pfd. 95³ Pfd.

la. fettes Kalbfleisch **88³**
Bratenstücke Pfd. 95³ Pfd.

Normal-Wäsche
6257) empfiehlt
Gnstav Christens,
Hörtr. 43.

Neue Salzgurken
2 Stück 15 Pfg.
2 Pfd. neue Zwiebeln . 15³
1 gelbe Bananen . 28³
1 Dbd. gr. gelbe Zitronen 70³

Meiereibutter
6238) 1 Pfd. 120³
1 Pfd. Rofoschmalz . 60³
1 weißes Schmalz . 70³
1 Blauschmalz . 75³
1 geräuch. Speck . 100³
1 Holstein. Käse . 33³
1 Tils. Fettkäse 60, 80³
1 Schweizer Käse . 88³
1 Holländ. Käse 78, 88³
8 Stück Eier 60³

Gebraunter Kaffee
1 Pfd. 100, 120, 140, 150, 160³
1 gebraunte Gerste 20³
1 Kaffee 70, 95, 120³
1 Blockchokolade . 65³
1 Schokoladenmehl 60³
1 Hauswirtschaftschokolad. 70³
10 Pakete Rote Grüns 45³
10 Puddingpulv. 45³
10 Van.-Saucenpulv. 45³

Friedrich Trosiener,
Mühlendr. 87. Geraruf 215.

Geschäfts-Eröffnung.
Sonnabend, den 23. August eröffne ein
**Spezial-Damen- u. Kinder-
Putzgeschäft**
und bitte ich die geehrten Damen, mein Unter-
nehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll (6235)
Frida Torge, Marienstraße 2a.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Versammlung
sämtlicher in der Fischindustrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Sonnabend, dem 23. August
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
(H. Saal).

Tagesordnung:
1. Ist die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der
Fischindustrie aufbesserungsbedürftig?
Ref.: Gewerkschaftsbeamter J. H. Radden.
2. Diskussion.
Um das Erscheinen aller in dieser Branche Be-
schäftigten wird gebeten.
6252) Die Ortsverwaltung.

Metropol-Theater.
Heute: (6232)
**Die Beisetzung
August Bebel's**
in Zürich.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Freitag: **Grosses Tanzkränzchen.**
Sonntag: **Tanzkränzchen.** (6260)

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers Kohlmarkt**
4. **10.**
3. B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.
62) Rote Lubeca-Marken.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für **Eutin.**
am Dienstag, dem 26. August
abends 8 Uhr
bei Herrn **Knickrehm, Eutin.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Genossenschaftsrat
und Geschäftsbericht.
2. Vortrag über die Volksfürsorge.
Ref.: Herr Redakt. J. Stellung-
Lübeck, Mitglied des Auf-
sichtsrats.
3. Genossenschaftliches.
Bei der Wichtigkeit der Tages-
ordnung erwarten wir, daß alle Mit-
glieder und deren Frauen sich recht
zahlreich an der Versammlung be-
teiligen.
6256) Der Vorstand.

Schlutup.
Kranken- u. Sterbe-Kasse
gewerblicher Arbeiter
(Eingeführte Hilfskasse Nr. 24)
in Lübeck.

Versammlung
der im Bezirk Schlutup
wohnenden Mitglieder
am Sonntag, dem 24. August
nachmittags 4 Uhr
im Lokale von A. Saborowski.
Tagesordnung:
Besprechung des neuen Statuts.
6236) Der Vorstand.

Verein Vorwärts,
Schwartau.
Einladung zum
Ball
am Sonntag, 24. August
im Lokale des Herrn J. Piquardt.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 80 Pf.
Es ladet freundlich ein
6247) Das Festkomitee.

Arbeiter-Gesangverein
„**Amicitia**“-Seereb.
Einladung zum
Sommer-Vergnügen
bestehend in
Preisfischen, Preisegeln, Ball
und Kinderbelustigung
am Sonntag, dem 24. August
im Lokale des Herrn Cordts.
Anfang 2 Uhr.
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.
6237) Der Vorstand.

Eutin.
Am Dienstag, d. 16. September:
Unterhaltungsabend
im Gasthof zum Deutschen Hause,
veranstaltet vom
Gesangverein „Harmonie“
und **Gewerkschafts-Kartell.**
Zu dieser Veranstaltung ist die
Theater-Gesellschaft **Strzelewitz-**
Berlin gewonnen. (6268)

Gasthof Kl.-Mühlen.
Sonntag, den 24. August:
Ball des Sparklubs „Holidi ran“
Anfang 7 Uhr. Eintritt 80 Pfg.
Damen frei. (6191)
Hierzu ladet freundl. ein **Otto Evers.**

Sonntag, den 24. August:
BALL
der Arbeiter der
Ziegelei Bauhütte
im Lokale des Herrn
König, Ober-Büssau.
Eintritt 1 Mk., Damen frei.
Freunde und Gönner sind
hiermit eingeladen. (6233)
Das Komitee. **H. König.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Sonnabend, den 23. August:
Der lächelnde Knabe.
Lustspielnovität von Max Dreyer.
Sonntag, den 24. August:
Der größte Operettenschlager.
.. Puppchen ..
Montag, den 25. August:
Abschiedsvorstellung unseres
Julius Heydecker für diese Saison.
Filmzauber.
6246) Anfang stets 8 1/4 Uhr.

Willi Westfeling
empfehl 6262
Uhren Goldwaren
Silberwaren

32 Holstenstraße 32

Meiereibutter
Pfund 120³
Weißes Schmalz
Pfund 77³
Margarine
Pfund 60, 70 und 75³
Schweizerkäse
Pfund 88³
Holländer Käse
Pfund 88³
Tilsiter Käse I.
Pfund nur 80³
Schnittig. Fettkäse
Pfund nur 60³
Pilanter Käse
Pfund 50³
Grute-Käse
Pfund 40³ u. 92 Stck. 35³
Schinken in Stücken
Pfund 135³
8 Eier 60³

Eduard Speck
623) Pfd. 86, 82

Der Welterstürmer.

Einen Nachruf von fast überschwenglicher Begeisterung veröffentlicht der bekannte Demokrat Hellmut von Helldorf unsern toten Bebel in der „Welt am Montag“. Wir bringen den Artikel mit einigen Auslassungen; er enthält allerdings einige Schiefheiten, die man dem bürgerlichen Politiker, der eben kein Sozialdemokrat ist, gern zugute halten wird. H. von Helldorf schreibt: Nicht von Karl Marx, nicht von Ferdinand Lassalle, wohl aber von August Bebel wird man eine neue Ära datieren: die Ära des 4. Standes.

Die Welt des Kapitalismus ähzt in ihren Angeln. Die Welt der Arbeit erhebt sich hinter ihr, drohend und verheißungsvoll.

Der wilde Rebell, der große Umstürzler, er ist zugleich ein Baumeister ersten Ranges gewesen. Keine schöpferische Idee ist auf ihn zurückzuführen. Aber seine Schöpfung wird dauern. Er tat, was Bismarck tat, als er das Deutsche Reich gründete: im historischen Moment das historische Gegebene. Seine Tat ist der Bismarcks durchaus ebenbürtig. In ihren Wirkungen reicht sie noch darüber hinaus. Erstreckt sie sich doch auf die ganze Welt.

Die Sozialdemokratie wird wachsen und schließlich herrschen. Rückschläge sind möglich, sogar wahrscheinlich. Ein dauernder Rückschlag oder gar ein Aufhören ist unmöglich.

Unzweifelhaft aber ist, daß niemals mehr der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Geschicke des Staates ausgeschaltet werden kann, und daß von Jahr zu Jahr mehr die Mitherrschaft der Arbeiter sich in Herrschaft umsetzen wird.

Die Arbeiter haben die Zahl für sich. Und Zahl ist Macht in dem Augenblick, wo sich die Zahl ihrer Macht bewußt geworden ist und den Willen zur Macht gewonnen hat.

Bebel hat den Arbeitern klar gemacht, was sie können, wenn sie wollen. Und was weitaus wichtiger ist, er hat seine Willensenergie auf sie übertragen, er hat mit seiner Leidenschaft ihre Leidenschaft erweckt. Er war der Feuerbrand, an dem sich Millionen von Arbeiterherzen weit über Europa hinaus entzünden konnten. Flammen gingen von ihm aus, wärmende und verzehrende. Den schwerblütigen deutschen Arbeitern hauchte er seinen heißen Atem ein, jagte er seine Glut durch die Adern. Quiescentia movit! Die gedulden, ruhenden Massen brachte er in Fluß. Er peitschte sie nicht etwa auf zu Putsch, die unter den heutigen Verhältnissen nur blutige Sinnlosigkeit wären. Dazu war er viel zu vernünftig. Aber er flüchtete ihnen jene zähe Leidenschaft ein, die da unermüdet agitiert und organisiert, die da opfert und kämpft und nicht ruht, bis das große Ziel erreicht ist.

Das große Ziel! Der Zukunftsstaat! Er glaubte daran. Denn dieser starre Atheist war ein großer Gläubiger. Sein Glaube war der Sozialismus. Und sein Glaube war so stark, daß er Millionen und Abermillionen zum Apostel und Propheten werden konnte.

Die Arbeiter waren am alten Kirchenglauben irre geworden. Das Jenseits besagte ihnen nichts mehr. Und das Diesseits war so entsetzlich hart für sie. Eine schmerzvolle Lücke klaffte in ihrem Dasein. Da kam Bebel und gab ihnen den Glauben an das Diesseits. Jene Welt könnt ihr ruhig den Späßen und den Pfaffen überlassen. Aber diese Welt, die soll euer sein, die müßt ihr euch erobern! Der Garten Gottes ist ein Phantom. Aber die

Erde kann ein Garten für die Menschen sein, wenn die Menschen nur den richtigen Gebrauch davon machen. Das Paradies auf Erden ist möglich. Schafft es euch! Ich führe euch.

Warum glaubten die sonst so nüchternen deutschen Arbeiter dem Manne und seinem Traum von einer nahen, glücklichen Zukunft? Weil dieser Prophet zugleich ein Praktiker fernigster Art war. Sobald es sich um Fragen der Gegenwart handelte, da entschied er mit kühnem Kopf, mit klarem Verstande, mit zwingender Logik. Er, in theoretischen Dingen manchmal radikaler als die Radikalfisten, war in den praktischen Fragen des parlamentarischen Betriebes oft revisionistischer als viele Revisionisten. Zu den Träumereien eines immer über den Wolken schwebenden Literaten oder sonstigen Phantasten hätten die kühlen deutschen Arbeiter sicher kein Vertrauen gefaßt. Aber hier hatten sie es mit einem Manne zu tun, der Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blute war, der mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit stand.

Bebel hat als Kind die ganze Misere der klaglichen Ausbildung eines Proletariatsprühlings durchgemacht. Er hat als wandernder Handwerksbursche die ganze geistige und materielle Not des Arbeiters durchkostet. Er hat als Handwerksmeister und Familienvater sich in schwerer Arbeit eine bürgerliche Existenz zurechtgemerkelt. Er hat in jahrelanger Gefängnishaft die Schrecken der Klassenjustiz erfahren. Mitten aus der Fülle eines an Arbeit und Kämpfen überreichen Lebens heraus wuchs seine Politik empor.

Und diese Politik fußte im vaterländischen Boden. Er war mit ganzer Seele international. Herz und Verstand forderten bei ihm gleich gebieterisch Frieden und Freundschaft unter den Völkern. Aber er war zugleich ein echter Deutscher, der mit ganzer Seele an seinem Vaterlande hing. Von den ersten Tagen seiner politischen Tätigkeit an, wo er als großdeutscher Demokrat aus „deutschnationalen Gründen“ gegen den Verzicht auf Luxemburg protestierte, über die Erklärungen an den Parteitag hinweg, daß er bei einem Angriffskrieg Rußlands als alter Kerl noch mit Vergnügen die Pike auf die Schulter nehmen würde, bis zu seinem in Frankreich abgelegten Bekenntnis, daß er sich als guter Deutscher fühle, ist er seinem deutschen Standpunkte treu geblieben. Er war eben kein wurzelloser Kosmopolit, sondern im besten Sinne des Wortes national. Er wollte der ganzen Menschheit dienen. Aber er glaubte, ihr nicht besser dienen zu können, als wenn er das Land, wohin ihn Geburt und Schicksal gestellt hatten, von allen Schläden säuberte. Gerade, weil er ein guter Deutscher war, darum glaubte er, die staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen Deutschlands von Grund aus umkehren zu müssen.

Nichts Kläglicheres, als wenn jetzt gewisse Kornwalzerblätter, deren Patriotismus vom Profit geregelt wird, ihm auf die Leichenbahre hin nachrufen, er sei ein Schädiger des Vaterlandes gewesen. O nein, man braucht kein Sozialdemokrat zu sein, man braucht nur ein ganz klein wenig Unbefangenheit des Urteils, um bekennen zu müssen, daß das ganze deutsche Volk es sich zur Ehre anrechnen kann, einen Bebel besessen zu haben.

Er hat als praktischer Ethiker ersten Ranges durch seinen Kampf gegen soziale Ausbeutung, gegen Kolonialgreuel und Militärmißhandlungen unser Vaterland auf eine höhere moralische Stufe zu heben versucht. Er hat unseren Arbeitern eine Disziplin gegeben, um die uns die Welt beneiden kann. Er, der korrekte Vertreter

der materialistischen Geschichtsauffassung, hat sie für eine große, welterobernde Idee begeistert, und so ihr Leben erst mit jenem idealistischen Inhalt erfüllt, der das Leben allein lebenswert macht.

Ueber die ganze Welt ist der Name dieses großen Deutschen gedrungen. Und wo man ihn nannte, da leuchteten die Augen heller, da schlugen die Herzen wärmer. Darum gibt es kaum ein Land, wo man nicht um Bebel trauert. Und nicht etwa nur die Arbeiter, nur die Sozialisten. Die bürgerliche Presse der ganzen Welt huldigt dem Toten. Noch einmütiger ist die Presse des Auslandes in diesem letzten Gruß an den Herrscher von Volkes Gnaden als unsere deutsche Presse.

Eine Welt in Trauer!

Wo immer es Gedrückte und Geknechtete gibt, da sind bei der Kunde von Bebels Hinscheiden die Augen feucht geworden. In den rauhen Abhängen des Balkans, in den Felsentälern des Kaukasus, in den Eiswüsten Sibiriens, an den Gestaden des Stillen Ozeans, überall hat der große Menschenfreund und Menschenbefreier eine Trauergemeinde hinterlassen. Und diese Armen, die vielleicht nichts mehr für sich erhoffen, denen aber Bebel für kommende Geschlechter den Ausblick in eine hellere Zukunft eröffnet hat, sie alle wären wohl geneigt, wenn sie Lateinisch verstünden, auf das Grabmal des Verstorbenen die Worte zu setzen, die einst für den besten römischen Kaiser geprägt wurden:

Amor et desidia generis humani.

Seit den Tagen des großen Propheten von Nazareth hat keiner unter den Mühseligen und Beladenen der Erde so heiße Liebe gefunden wie August Bebel.

Goldener Segen.

Die berühmte eigene Tüchtigkeit und des lieben Gottes Freundschaft wirkt bei den deutschen Aktiengesellschaften ein Jahr für Jahr und bringt goldenen Segen. Wenn die Rentabilität der Aktiengesellschaften beobachtet wird, dann übersteht man einen wesentlichen Teil der eigentlich kapitalistischen Produktion Deutschlands. Das, was man unter moderner Großindustrie versteht, dort, wo die organisierten Arbeiter zu Hunderten und Tausenden um die Verbesserung ihrer Existenz ringen, da, wo die großen Schlachten zwischen Arbeiter und Unternehmer geschlagen werden, stehen in erster Linie Aktiengesellschaften auf der anderen Seite. Deswegen ist das Wachstum der Zahl dieser Unternehmen, die Steigerung ihrer Kapitalien, der Umfang ihrer Reserven und das Maß ihrer Gewinne bedeutsamstes Kennzeichen für die Möglichkeit, die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Stellen wir vorerst einmal nach den Ergebnissen des Kaiserlich Statistischen Amtes, die jetzt von der „Fr. Z.“ bearbeitet worden sind, das Wachstum der deutschen Aktiengesellschaften in der Zeit zwischen 1907 und 1912 zusammen.

Die Zahl der reinen Erwerbsgesellschaften stieg von 4587 auf 4712, das ist ein Zuwachs um nur 125 oder 2,8 Prozent.

Das Aktienkapital dieser Erwerbsgesellschaften stieg von 12,79 Milliarden auf 14,88 Milliarden Mark, das ist eine Steigerung um über 2 Milliarden oder 15,9 Prozent.

Die Reserven der Aktiengesellschaften sind von 2,66 Milliarden auf 3,52 Milliarden Mark emporgeschossen, das ist ein Zuwachs von mehr als 860 Millionen Mark oder 32,4 Prozent!

Die Gesamtschulden der deutschen Aktiengesellschaften (Obligations-Hypotheken und sonstige Schulden) machten 1907 rund 196 Prozent des Eigenkapitals aller deutschen Aktiengesellschaften aus, bis 1912 ist diese Ziffer auf 215 Prozent gestiegen.

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(3. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Karl Haltmann hatte nicht geahnt, daß er wie auch die übrigen Angeklagten polizeilich beobachtet wurden. Und so war auch bemerkt worden, daß er mit jener Verführerin aus dem Elysium nochmals eine Zusammenkunft gehabt hatte. Die heftigsten Vorwürfe hatte er ihr gemacht; sie aber hatte nur gelacht, ihr überheulendes, spöttisches Lachen, und hatte ihn dann stehen lassen. Aber der Kriminalbeamte nahm sie ins Gebet, und da gestand sie, daß er in jener einen Nacht über tausend Mark verschleudert hatte. Jetzt war der Weg frei für die Untersuchung — und schon am Abend dieses Tages war er hinter Schloß und Riegel.

Da war der Verhaftete erschüttert zusammengebrochen; er sah, er fühlte es: er selbst hatte seine Existenz zugrunde gerichtet. Und warum? Er hätte mit dem Kopf gegen die Wand rennen mögen, wenn er an dieses Warum dachte. Warum hatte er Ehre und Stellung, Vertrauen und Treue aufs Spiel gesetzt und — verloren! Warum? Noch immer klangen ihm die Töne des Tritonatalwälers in den Ohren, noch immer sah er die Perlen im Sektglas steigen, noch immer hörte er ein leises, silberhelles Lachen dicht, dicht an seinem Ohr — und er schauderte, wenn er das alles hörte und sah.

In tiefer Zerknirschung schrieb er einen Brief an den Justizrat Edel, gestand ihm alles ohne Verschönerung und bat ihn, dem Geheimrat Schettler von seiner tiefen Reue Kunde zu geben.

Edel war von diesem Briefe tief ergriffen. Hatte er auch seiner Empörung zuerst freien Lauf gelassen, so fing er doch bald an, kühler und ruhiger zu denken. Er sah den unerfahrenen, weltfremden jungen Mann vor sich, der sich einem zweideutigen Bekannten gegenüber nicht, „lumpen“ lassen und ihm Repanache geben wollte; er sah ihn, wie er, der schwere Weins zu trinken nicht gewöhnt war, die Herrschaft über sich selbst verloren hatte. Er sah ihn, wie er seit Hinz zermarterte mit dem Gedanken, die Entdeckung der Unterschlagung zu vermeiden und Ersatz für das unterschlagene Geld herbeizuschaffen; und er sah ihn endlich, wie er in nächstlicher Stunde sich in das Bureau einschickte, das Pult erhob und dann, wie von Furchen gepreßt davongetragen war, um halb von Schmettern in der Frühe das andere Morgen dem Klienten des Geheimen Justizrats die Summe zuzustellen. So sah er Bild um Bild vor sich aufsteigen, und wieder machte er die Erfahrung, daß alles verstehen — alles verzeihen heißt.

So schrieb Edel dem Karl Haltmann einen Brief voll ernter Vorwürfe und schwerer Klagen; aber er schrieb ihm auch, daß er jetzt das Los, das er sich selbst zugezogen, mit Würde und Ruhe tragen müsse; er tröstete ihn, daß er noch jung sei, und daß er immer noch eine Zukunft vor sich liegen habe, und daß er durch treue Arbeit und arbeitsame Treue noch immer gutmachen und retten könne, was jetzt verloren sei. Er schloß mit der Mitteilung, daß er, der Justizrat Edel, bereit sei, unentgeltlich die Verteidigung des Angeklagten zu übernehmen.

So schritt er denn reinigen Herzens, aber gesägt und ruhig zur Hauptverhandlung vor die Strafkammer des Landgerichts. Er legte ein volles, reuevolles Geständnis ab. Aber er gewann die Milde der Richter nicht für sich, die nur nach dem Buchstaben des Gesetzes urteilen. Es ging gerade ein scharfer Zug gegen die Strafrechtsprechung der Residenz. Der Staatsanwalt wies mit grausamen Worten auf die Gewissenlosigkeit hin, mit der das Verbrechen begangen sei, er betonte die Höhe der Summe, um die es sich handelte, und er gelangte zu dem Antrag, den Angeklagten unter Verneinung mildernder Umstände zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren zu verurteilen.

In längerer, von warmem, menschlichen Mitgefühl durchglühter Rede beantragte der Verteidiger, Justizrat Edel, dem Angeklagten mit Rücksicht auf seine Jugend, sein bisheriges tadelloses Leben und die ihm nahegetretene Verführung, der er als Kleinstädter um so leichter erlegen sei, mildernde Umstände zuzubilligen und auf eine Gefängnisstrafe zu erkennen.

Er drang aber nicht durch. — Karl Haltmann wurde zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt, wovon zwei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der Justizrat hatte ihm warm die Hand gedrückt und gesagt:

„Kopf hoch, Haltmann! In der Jugend heilen alle Wunden!“

Dann war der Verurteilte in seine Zelle zurückgeführt worden und dort in krampfhaftem Schluchzen zusammengebrochen. — Wie im Traume waren ihm die nächsten Tage vergangen. Ein Alp lastete auf ihm, und ihn wollte bedanken, als lägen Jugend, Leben, Glück und Ruhe für alle Zeiten unerreichbar hinter ihm.

Wenige Tage danach schon nahm ihn das Zuchthaus auf. Der Direktor hatte dem im Urteil als „gemeingefährlicher Verbrecher“ bezeichneten jungen Manne eine donnernde Strafbestrafung gehalten, ihm für den Fall, daß er sich nicht gut führe, Peitsche, Arrest und Hunger, „daß die Schwarte knack“, in Aussicht gestellt und seine ganz besondere Ueberwachung befohlen. — Wortlos und stumm hatte Karl Haltmann alles

über sich ergehen lassen; unter dem furchtbaren Schlag und bei den entsetzlichen Demütigungen war sein Gefühlsleben wie abgestorben. Er wußte, daß ihm alles Neben doch nichts helfen würde, denn — das war ihm in seinem Prozeß klar zum Bewußtsein gekommen — der Mächtigere hat immer recht.

Nun aber war auch diese Strafzeit fast vorüber. Nur noch wenige Tage, und er würde wieder den warmen, langentwöhnten Hauch des Lebens um Schläfe und Wangen spüren; er würde wieder im Strome der Welt sich bewegen dürfen, auf dem die Lebensschifflein der Menschen dahingleiten — die einen mit stolzen Segeln und frischem Winde zum Ziele fahrend, die anderen langsam und gebrechlich und mit Mühe dem Scheitern entronnen, und endlich wieder andere — mitten im Laufe vom tosenden Strudel verschlungen. Wie ihm das Herz schlug, wieder hinaus zu können, zu schaffen, zu kämpfen, zu ringen, zu arbeiten, um vielleicht doch noch die Stunde zu erleben, wo er wieder ein glücklicher Mensch sein würde. Ja, glücklich! Glück — das war es, wonach er sich in diesen zwei Jahren gesehnt und wieder gesehnt, wovon er im Wachen und im Schlafen geträumt hatte — Glück! — Glück! — er streckte sehnsüchtig seine Arme aus, um es zu ergreifen —

Jäh fuhr er empor. Laut hallte die Glocke durch das Haus! Schlüssel klapperten, Schritte und Stimmen wurden draußen laut: Der Morgen war da.

Schnell erhob er sich vom Lager und schüttelte den Schlaf von den Gliedern.

Karl Haltmann hatte die Strafzeit nicht leicht überstanden. Die Rede des täglichen Lebens, das Herabinken des Menschen zur bloßen Arbeitsmaschine während dieser langen Zeit, die Freudlosigkeit und Kälte dieses furchtbaren Daseins — das alles hatte schwer auf ihm gelastet. Auch die Arbeit war ihm schwer geworden. Mit Hoffen hatte man ihn beschäftigt. Als die Lehrzeit zu Ende war, in welcher er nach Ansicht der Strafanstaltsdirektion als Hosen Schneider ausgebildet sein konnte, hatte man Tag für Tag von ihm ein bestimmtes Penjum verlangt, Tag für Tag daselbe Arbeitsmaß — selbst wenn er sich krank und elend fühlte.

Und als er es nicht lieferte und sich entschuldigte, die Maschine sei veraltet und alle Augenblicke defekt, er selbst sei ungeschickt und nicht befähigt zur Schneiderarbeit, da hatte ihm der Direktor geantwortet:

„Die Maschine ist gut! Ihr Vorgänger hat sie auch benutzt, und Ihre Ungeschicklichkeit ist nichts anderes als Faulheit! Dagegen aber haben wir Mittel!“

Schon diese vier Zahlenreihe umreißen die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland. Die Zahl der Aktiengesellschaften nimmt sehr langsam zu, weil gerade im Gebiet der Aktie Zentralisation, Konzentration und Fusionen an der Tagesordnung sind. Die Aktienkapitalien nehmen unter Berücksichtigung der Konjunkturschwankungen dauernd lebhaft zu. Das Geld strömt immer reicher in die Großindustrie. Das müssen ja nicht zuletzt auch die pumpenden Staaten merken. Daß die Reserven der deutschen Aktiengesellschaften in so außerordentlich großem Ausmaße angewachsen sind, beweist, wie glänzend es der deutschen Industrie in Wirtschaft geht, die heute schon rund ein Viertel ihrer Aktienkapitalien als Reserven aufzuspeichern in der Lage war. Die anschwellenden Reserven sind auch ein Beweis dafür, daß auf diesem Umwege immer höhere werbende Kapitalien den Aktiengesellschaften zufließen. Die Verschuldung der deutschen Aktiengesellschaften hat auch zugenommen, dabei muß man aber berücksichtigen, daß die auf den ersten Augenblick recht hoch erscheinende Ziffer von 215 Prozent entsteht, daß alle Verbindlichkeiten der Kreditbanken, mehr als 12 Millionen Hypothekendarlehenobligationen und rund 4 Milliarden Versicherungsprämien darin enthalten sind.

Im ganzen zeigt die Gesamtbilanz der deutschen Aktiengesellschaften in ihrer Entwicklung von 1907 zu 1913 das Spiegelbild nicht nur glänzender, sondern geradezu imponierender Geschäfte.

Noch klarer wird die Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften, wenn wir uns einmal ihre Rentabilität ansehen.

Der Gewinn der deutschen Aktiengesellschaften stieg von 1907 bis 1912 von 1351 Millionen Mark auf 1571 Millionen Mark. Das ist ein Gewinn von 10,11 Prozent des Aktienkapitals!

Die ausbezahlte Dividende stieg von 1023 Millionen auf 1220 Millionen Mark, das ist ein Wachstum der Durchschnittsdividende von 8,67 auf 8,39 Prozent!

Rund 8,5 Prozent beträgt die Verzinsung der Aktienkapitalien in Deutschlands Industrie und Handel, das ist eine Verzinsung, die fast dreimal so hoch ist wie die der Sparkassen. Daran läßt sich am besten erkennen, wie glänzend die Allgemesinsituation der deutschen Aktiengesellschaften ist. Daran ändert auch nichts, daß wir 700 Gesellschaften haben, die 1912 keine Dividende verteilten. Zumeist ist die Ursache dazu, daß spezielle für die einzelne Berufsgruppe wichtige Tatsachen die Zinslosigkeit verursachen. Von den 700 ertraglos gebliebenen Aktiengesellschaften waren allein 70 Terrainen-gesellschaften, 50 Maschinenfabriken, 65 Baumwollwarengesellschaften und 52 Brauereien.

Wie sieht es nun mit der Durchschnittsdividende des Jahres 1912 bei den einzelnen Berufsgruppen aus? Wir stellen die Aktienrenten für die üblichen Gewerbe-gruppen in nachfolgendem zusammen:

Tierzucht und Fischerei	4,3 %
Steine und Erden	7,2 %
Kalk, Mörtel, Zement, Gips	5,3 %
Ziegelei, Ton und Steinzeug	7,0 %
Glas	12,9 %
Metallverarbeitung	8,5 %
Maschinenindustrie	8,9 %
Maschinen und Apparate	9,3 %
Schiffbau	5,5 %
Elektrotechnische Industrie	7,5 %
Elektrizitätserzeugung	9,1 %
Papierindustrie	7,8 %
Holz und Schnitzstoffe	8,4 %
Bekleidungs-gewerbe	10,1 %
Baugewerbe	3,1 %
Handelsgewerbe	7,6 %
Banken	8,0 %
Gast- und Schankwirtschaft	4,8 %
Musik, Theater	2,8 %
Sonstige Gesellschaften	6,6 %
Forstwirtschaftliche Nebenprodukte	9,8 %
Bergbau	0,6 %
Erz	12,0 %
Hütten	11,5 %
Salz	6,7 %
Kali	6,5 %
Steinkohlen	9,6 %
Braunkohlen	9,9 %
Gemischte Montanbetriebe	10,9 %
Chemische Industrie	15,5 %
Textilindustrie	6,6 %
Baumwollspinnereien und Webereien	5,2 %
Leberindustrie	10,3 %

So war Karl Haltmann denn trotz all seiner ersten Verhärterungen, daß er es weder an gutem Willen noch an Fleiß fehlen lasse, mit Disziplinarstrafen belegt worden — ein, zwei, drei, vier Tage Kostabzug in jedem Monat; Tage, an denen es nichts zu essen gab, als trocknen Brot und Wasser, und an denen trotzdem das volle Pensum von ihm verlangt wurde. Er wandte sich hilfesuchend an den Arzt. „Machen Sie Ihr Pensum, wie andere auch!“ hatte ihm dieser geantwortet.

Wie andere auch? „Das Wort lang ihm lange in den Ohren! Wie andere auch? Ja, wie machen es denn die andern? Er beschloß, bei nächster Gelegenheit, sobald er seinem Nachbar ein Wort zusprechen konnte, diesen danach zu fragen. Vielleicht konnte der ihm einen guten Rat geben.

Die Gelegenheit fand sich bald. Als eines Tages beim Spaziergang der dienhabende Aufseher gerade mit einem Kollegen zu sprechen hatte, flüsterte Haltmann seinem Vordermann zu:

„Wie bekommt man denn sein Pensum fertig?“
 „Und der andere gab ihm keine Antwort.“
 „Dumme Frage! Wenn man's nicht fertig kriegt, muß man eben hungern! Hungern mag man doch nicht gern!“
 Dem Wort aber jammerte Karl Haltmann nach, bei Tag und bei Nacht.

Bisher war er — das Zeugnis durfte er sich geben — ein ehrlicher und gewissenhafter Arbeiter gewesen. Jede Nacht hatte er auf das sorgfältigste gewacht, Fäustel, Knöpfe und alles übrige auf das peinlichste angebracht. Und trotzdem hatte er Tag für Tag Zwangungen und Grobheiten bekommen und Monat für Monat tagelang ohne alle warme Nahrung sein müssen.

„Was muß ich machen!“ Und er legte, als er sich das Wort wiederholte, den Ton an das „Wah!“ Bald entdeckte er kleine Löcher und Handfertigkeiten, die auch von einer harten Kontrolle nicht aufzufinden waren; während er früher gewissenhaft und ehrlich arbeitete, so fing er jetzt an, gewissenlos und heidnisch zu arbeiten, und er fand schnell heraus, daß man unter solchen Umständen allerdings mehr fertigbringen konnte.

„Karl flüsterte auch Karl Haltmann zuweilen das Herz, wenn er sah und sah sagen mußte, daß eine Hofe, wie er sie da eben abgehört hatte, keine drei Tage halten konnte; wohl sagte sich in ihm das Gewissen, wenn er daran dachte, daß eine solche Hofe gerade von einem armen Kerne mit jeder einzelnen Gabe gefüllt werden konnte; aber man halfen keine Regen, in einem Hause, in dem, wie einem kleinen Kerne, die Hofe über geworden, es nicht darauf ankommen, wie man

Nahrungs- und Genussmittelindustrie	8,1 %
Brauerei und Mälzerei	6,9 %
Poligraphische Gewerbe	7,0 %
Verkehrsgewerbe	22,0 %
Verkehrsgewerbe	5,5 %
Klein- und Straßenbahnen	4,8 %
Schiffahrt	7,8 %
Koloniale Gesellschaften	7,3 %

Die Durchschnittsdividende der Aktiengesellschaften der Gewerbegruppen ist zumeist ganz außerordentlich hoch. Am charakteristischsten ist — das verdient ganz besonders Aufmerksamkeit — daß die Aktiengesellschaften im Versicherungsgewerbe die höchsten Durchschnittsdividenden aller Gewerbegruppen gezahlt haben. Die Dividenden in den Gewerbegruppen Bergbau- und Hüttenbetriebe sind im ganzen sehr hoch. Eine Ausnahme macht da nur die Gewerbegruppe Salz (Kali), die durch die kapitalistischen Uebergründungen nicht allzu hohe Dividenden trägt. Besonders der Beachtung wert ist auch, daß die Gewerbegruppe Glas sehr hohe Durchschnittsdividende gebracht hat. Wir haben es hier mit einer beispiellos fest spezifizierten Industriegruppe zu tun. Die Gruppen Chemische Industrie, Lederindustrie, Bekleidungs-gewerbe und Maschinenindustrie und Elektrizitätserzeugung weisen ebenfalls sehr anständige Gewinne auf.

Geringe Durchschnittsdividenden sind bei einzelnen Gruppen nur ein Beweis dafür, daß ihre Gewinne bei den Aktiengesellschaften anderer Industrien verschwinden. Theater- und Vergnügungs-gründungen erfolgen sehr oft nur im Interesse der Terrainspekulation, die dann natürlich auch das Geschäft macht. Die Gewinne der Werftbetriebe verschwinden sehr oft in den Taschen der Metallindustrie und der Reedereien. Das Reinigungs-gewerbe hat mit seiner niedrigen Dividende wenig zu bedeuten, weil sie auf dem Resultat von nur 2 Aktiengesellschaften beruht.

Wenn wir im ganzen noch berücksichtigen, daß die Dividende immer mehr nur der offizielle Teil der Gewinne der Aktiengesellschaften wird, so kann wohl ohne weiteres gesagt werden, der goldene Segen der Aktiengesellschaften Deutschlands ist geradezu beispiellos.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Rauch-Bezirk-Zückerbock-Luckenwalde hielt am Sonntag in Luckenwalde seine diesjährige Generalversammlung ab. Vertreten waren 22 Ortsvereine durch 40 Delegierte. Dem vom Vorstand gegebenen schriftlichen und mündlichen Bericht ist zu entnehmen, daß der Kreiswahlverein am Schlusse des vergangenen Geschäftsjahres 3084 Mitglieder zählte, 59 weniger als bei Beginn des Geschäftsjahres. Der Verlust an männlichen Mitgliedern betrug 75, während die Zahl der weiblichen Mitglieder um 16 gestiegen ist. Ein Bildungsausschuß besteht lediglich in Luckenwalde, Jugendausschüsse in Luckenwalde und Treuenbriegen. 114,15 Mk. Strafen und Prozeßkosten hatte die Partei in der Berichtszeit zu zahlen. Nicht befriedigend ist der Abonnementstand der „Brandenburger Zeitung“, er belief sich im März d. J. im Kreise auf 2915 gegen 3083 im März v. J. Die Einnahmen des Kreisvereins beliefen sich auf 6332,73 Mk., die Ausgaben auf 6688,97 Mk. Die Kosten der Reichstags-nachwahl, die mit dem Siege unseres Kandidaten, Genossen Ewald, endete, beliefen sich auf rund 15 000 Mk. Nach eingehender Diskussion über Mittel und Wege, die Organisation zu stärken und den Abonnementstand der Arbeiterpresse zu heben, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche es den Parteigenossen im Kreise zur Pflicht macht, sich der Erziehung der heranwachsenden Arbeiterjugend anzunehmen, überall, wo es irgend angängig ist, Jugendausschüsse zu errichten oder doch wenigstens einen Vertrauensmann einzusetzen, der sich speziell der Jugend zu widmen hat. Die Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen und die Massenstreikfrage waren Gegenstand einer Diskussion. Die Genossen Sailer-Luckenwalde und Ingsche-Berlin verteidigten die Haltung der Fraktion und erklärten den politischen Massenstreik nur als Verteidigungswaffe verwendbar, wenigstens noch auf absehbare Zeit hinaus. Genosse Gärtner erklärte sich mit der Zustimmung der Fraktion zu den Deckungsvorlagen nicht einverstanden und hielt den Massenstreik auch als Angriffs-waffe verwendbar. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Eingeleitet wurde die Generalversammlung durch einen warm-

arbeitete, — in einem Hause, in dem überall von der großen Pforte da draußen bis zum innersten Herzenswinkel der Gesangsarten Schein und Täuschung vorherrschen! Eines Tages stand Karl Haltmann mit verhärmten Wangen vor dem Direktor, der ihm wohlwollend sagte:

„Sehen Sie wohl, Haltmann, es geht alles, wenn man nur will! Unsere Kuren sind stets von Erfolg — und Sie sollen mal sehen, wach ein fleißiger Arbeiter Sie noch bei uns werden!“

Und voll Wohlwollen hatte der Direktor gelächelt, und der Oberaufseher, der mit dem Notzuch in der Hand dabei stand, wie ein Feldwebel beim Rapport vor dem Hauptmann, hatte zustimmend gleichfalls gelächelt, und Karl Haltmann hatte endlich auch zum ersten Male wieder gelächelt.

Er wachte nun, worauf es in diesem Hause ankam. So hatte er denn fortan regelmäßig sein Pensum abgeholt und hatte regelmäßig sein Essen erhalten. Da er auch seine Zelle sauber hielt, alles blank und blühend putzte, so vertief er in seine weiteren Disziplinarstrafen, und eines Tages — er war etwa 15 Monate in der Anstalt — hatte der Direktor zu ihm gesagt:

„Ich höre nur Gutes von Ihnen, Haltmann! Es scheint also doch, als ob Sie wieder ein „ehrlicher Mensch“ werden wollen!“

Am Abend dieses Tages hatte sich Karl Haltmann zu Bett gelegt, und seine einzige Bitte war seinem gebetenwöhnten Knecht entflohen: „Herr, erlöse mich von dem Uebel dieser Ehrlichkeit!“

Der alte Justizrat Edel hatte ihm einmal geschrieben, daß, wenn er drei Viertel seiner Strafe verbüßt habe, seine vorläufige Entlassung vom Justizminister verfügt werden könne, sofern er sich in der Anstalt tabellos geführt habe. Träte diese Voraussetzung zu, so sollte er einfach zur gegebenen Zeit bei der Strafanstaltsdirektion darum nachsuchen, daß von dieser die geeigneten Schritte getan werde möchten.

Karl Jüttern und Zagen hatte er seit dem Empfang dieses Briefes dem Tag entgegengelesen, an dem er jenes Ansuchen stellen konnte. Karl Jüttern und Zagen, denn er war ja wegen Faulheit wiederholt bestraft, weil er im Anfang seiner ungewohnten Tätigkeit nur ehrliche Arbeit geliefert hatte. — Karl Jüttern und Zagen, denn er wachte, daß es eine ungeheure Lüge war, wenn er darauf hinweisen wollte, daß seit jener Zeit ihn keine Disziplinarstrafe mehr betroffen hätte, hatte er kein Gefühl vorgebracht.

Und dennoch sprach er diese Lüge aus, und er wunderte und schämte sich, wie leicht und flüchtig sie ihm von den Lippen kam. Aber was lag es auf eine Lüge mehr an, nachdem er seit Jahr und Tag mit der Güte seiner Arbeit seine Aufseher

empfindenen Nachruf, den der Vorstehende, Genosse Jahn dem verstorbenen Genossen Bebel widmete.

Achtung für Auswanderer nach Kanada. Den nach Kanada resp. Montreal auswandernden Parteigenossen dient zur gefl. Kenntnis, daß sich hier am 13. Juli 1918 ein „Sozialdemokratischer Bildungsverein“ gebildet hat. Er macht sich zur Aufgabe, alle, die beabsichtigen, nach Kanada auszuwandern, nach Möglichkeit zu beraten. Den hier ansässigen deutschsprechenden Genossen aber soll der Verein eine Zufluchtsstätte sein, wo sie außer der Lektüre von Partei- und Gewerkschaftszeitungen den Umgang und Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten pflegen können. Wir erwarten deshalb, daß alle nach Montreal reisenden Genossen durch Beitritt unsere Bestrebungen unterstützen und bitten, alle Anfragen unter Beifügung von Rückporto und des ausdrücklichen Vermerks „Betrifft Soz. Bildungsverein“ zu richten an die Adresse des Genossen Fritz Lobeck, Montreal, Kanada, 157 Ontario West, P. O. Die in der Adressentafel vermerkte frühere Adresse: Montreal, Kanada, Orleansstreet 125, gilt hiermit als aufgehoben.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Klempnerstreik in Kolberg ist nach kurzer Dauer mit vollem Erfolge für die Streikenden beendet worden. Die Meister haben einen Tarif abgeschlossen, der die Regelung der Arbeitszeit, Mindestlöhne, Zuschläge für Überlandarbeit, höhere Bezahlung der Überstunden, Schmutzarbeit usw. vorsieht. Es ist der erste Tarif, den die Klempner in Kolberg abgeschlossen; seine Geltungsdauer beträgt zwei Jahre. Der Abschluß ist umso bedeutungsvoller, als alle Meister den Vertrag anerkannt und unterzeichnet haben.

„Eine grobe Beleidigung der Landbevölkerung“. Unter dieser Ueberschrift geht durch die konservativen und schwarze Presse eine Notiz, die ihren Ursprung in dem Blättchen hat, das von dem satyam bekannten Franz Behrens für sein christliches Weinbergarbeiterverbänden herausgegeben wird. Die grobe Beleidigung soll der „Landarbeiter“, Organ des Landarbeiterverbandes, in der Augustnummer begangen haben, und zwar in dem von einem Arzt zur Veröffentlichung zugelassenen Artikel: Die Gesundheitspflege der Frau. Daraus ist ein Absatz herausgegriffen, der von dem „Leider auf dem Lande verbreiteten Hang zur Unsauberkeit“ spricht, so daß man denen nicht völlig Unrecht geben könne, die Landbevölkerung als Schweine bezeichnen. Das soll nun nach dem christlichen Strategen Behrens und der ihm vor Entzünden nachplappernden arbeitereindlichen Presse eine „Beistimmung, eine unverschämte Beleidigung aller ländlichen Arbeiter und deren Frauen sein, die sich die Landeute merken sollen, wenn gelegentlich ein Agitator um ihre Mitgliedschaft für den roten Landarbeiterverband wirbt.“ Die Absicht der Notiz geht aus dem Schlußsatz hervor. Sie ist diktiert von der sinnlosen Brut der konservativen und kirchlichen Arbeiterfeinde über das schnelle Wachsen des Landarbeiterverbandes. Das Getue um die Ehre der Landbevölkerung, die angeblich verletzt sein soll durch die von einem tüchtigen Arzt im Eifer um das leibliche Wohl der Landbevölkerung getane Äußerung ist verächtliche Heuchelei. Der genannte Aufsatz im „Landarbeiter“ hat den Zweck, die schweren körperlichen Schädigungen aufzudecken, die den Landarbeiterinnen durch mangelnde Körperpflege erwachsen. Die Ursache dieses bedauerlichen Mangels, an die Pflege des eigenen Körpers zu denken, liegt in der übermäßigen, un-menschlichen Ausbeutung der Arbeitskraft, den miserablen Wohnungs- und Ernährungs-verhältnissen der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, Lüge den Blättern vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“ eines Dertel bis herunter zu dem letzten Merkmal und konservativen Kreisblättern das Wohl und Wehe der Landarbeiterbevölkerung wirklich am Herzen, dann müßten sie ihren Lesern aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Unter-nnehmer zu allererst anraten, die Ursachen zu Schmutz und Unreinlichkeit im Leben der Landarbeiterinnen zu beseitigen. — Hierzu mag ihnen der Inhalt einer Zeitschrift das erste Material bieten, die kürzlich an die Schriftleitung des „Landarbeiter“ gelangte und die durch zahlreiche frühere Beileidig vermehrt werden kann: „Auf dem Rittergut Zeest o w im brandenburgischen Kreis Osthavelland wohnen 12 Arbeiterfamilien und 30 russische Schnitter beiderlei Geschlechts, für diese mit Frauen und Kindern bald an 100 Personen zählende Kolonie sind insgesamt drei Aborte vorhanden. Alle drei stehen nebeneinander. Sie werden selten ausge-pumpt, weshalb der Unrat in solcher Tiefe manchmal vor den Eingängen steht, daß man in Pantinen nicht durchkommen kann. Bis zum Juli 1913 befand sich bei den Gutshäusern

belogen hatte? Und was kam es darauf an, wo es sich darum handelte, aus dem Glend dieser Tage erlöst zu werden?

So ließ er sich denn kopfentwärts dem Direktor vorführen und brachte sein Anliegen vor. Der blätterte in seinen Personalakten herum und sagte dann herzlich:

„Ganz auslastlos! Ganz auslastlos!“
 Als ob ihn ein wichtiger Schlag getroffen habe, so jubelte Haltmann bei diesen Worten zusammen.

„Sie sind“, fuhr der Direktor fort, „wegen zweier schwerer Eigentumsverbrechen, Einbruchsdiebstahls und Unterschlagung, bestraft. Außerdem ist ihre „Gemeingefährlichkeit“ aus-brücklich festgestellt. Unter diesen Umständen erscheint ein Antrag auf vorläufige Entlassung ohne alle Aussicht. Aber wenn man auch von den Feststellungen des gerichtlichen Urteils absehen wollte, so kommt doch noch als erschwerend hinzu, daß Sie sogar hier in der Strafzeit sich wiederholte und stets schärfere Disziplinarstrafen zugezogen haben, und zwar wegen Faulheit, so daß es mich eigentlich wundert, daß ein Mensch von ihrem Bildungsgrad das Vergeßliche des beabsichtigten Antrags nicht selbst einseht und mir mit einem derartigen Anliegen zu kommen wagt! Und wenn Sie heute entlassen würden — nach den Feststellungen des Urteils ist mir gar kein Zweifel, daß Sie zu jener Kategorie von Verbrechern gehören, die trotz der wohlmeinenden „Strafanstalts-erziehung“ immer und immer wieder zu neuen Verbrechen Ihre Zuflucht nehmen werden.“

„Herr Direktor“, entgegnete dieser, „ich kann versichern, daß ich stets den besten Willen hatte.“

Der Direktor lächelte sehr überlegen.
 „Hier in diesem Hause hat man die Betätigung Ihres angeblich besten Willens erst nach wiederholten Disziplinarstrafen zutage treten sehen. Den Schluß daraus werden Sie selbst ziehen und die Bewertung Ihrer Versicherung danach ermessen können.“

„Herr Direktor, ich bin nur in jugendlichem Leichtsinne gestrauchelt.“

„Lassen wir das auf sich beruhen — im Urteil steht das Gegenteil, und das Urteil ist mir allein maßgebend. Wie gesagt, es ist in der Sache nichts zu machen; Ihre Führung ist eine sehr mangelhafte gewesen, und welche Vorzüge Sie sonst haben, um sie zugunsten Ihrer vorläufigen Entlassung in die Waagschale zu werfen, das werden Sie wohl selbst nicht recht wissen. Die Angelegenheit ist also damit erledigt!“

Haltmann wurde in seine Zelle zurückgeführt. Und wie er allein mit sich selbst war, da suchte die in ihm tobende Empörung einen Ausweg; und ohne recht zu wissen, was er tat, rief er in blinder Wut ein Stück Hofentum vor oben bis unten entwei.

(Fortsetzung folgt.)

keine heftigste Wasserpumpe. Das Wasser würde viel mehr in einem großen Zinkfaß von Gutschloße hergeföhren und mitten zwischen den Kästen, etwa 10 Schritte von den Aborten, zur beliebigen Entnahme aufgestellt. Dieses Zinkfaß war innen derart mit einem Schmutzsaß beschichtet, daß beim Öffnen der Klappe ein betäubender Geruch entwich. Als vor kurzem in dem Faß eine Abortkelle gefunden wurde, erhielt der Wasserbehälter die Aufschrift: „Nur Waschwasser!“ Die Leute mühten sich dann ihr Trinkwasser bei anderen Dorfbewohnern beschaffen. Auf Betreiben des Gemeindevorstandes wurde nun endlich in diesem Sommer eine Pumpe aufgestellt. Solche kulturwidrigen Zustände sind die Ursachen der beklagenswerten Unreinlichkeit auf dem Lande. Den Herren Behrens und seine konservativen Freunde aus dem arbeiterfeindlichen Lager wird man jedoch vergeblich unter denen suchen, die an der Beseitigung dieser Ursachen arbeiten.

Keine Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten in Bayern.

Der „Bayerische Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine „Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten in Bayern“, woraus vielfach gefolgert worden ist, daß die Einigung bereits vollzogen sei. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich hierbei gemäß der ergangenen Einladung lediglich um unverbindliche Besprechungen zwischen Vertretern von bayerischen Ärzten und bayerischen Krankenkassen gehandelt hat. Die Zustimmung der beiderseitigen Verbände, also auch der Krankenkassenverbände, ist bei den Verhandlungen über den vorgelegten Entwurf eines Abkommens ausdrücklich vorbehalten worden. Die beteiligten bayerischen Krankenkassenverbände, soweit sie dazu schon Stellung genommen haben, lehnen das Abkommen in der vorliegenden Form ab. Befremden und entschiedenen Widerspruch muß es aber vollends hervorrufen, daß die königliche Bayerische Regierung durch einen Erlaß die Versicherungsämter auffordert, die Krankenkassen, die über den Sachverhalt nicht unterrichtet sein können, zu veranlassen, sich alsbald über die Annahme des Vertrags schlüssig zu machen und ihre Erklärung darüber abzugeben.

Gegen die Einigung selbst sind von den Verbänden der Krankenkassen die schwersten Bedenken zu erheben:

1. Es bleibt trotz der beabsichtigten Vereinbarung der durch die Gesetzgebung geschaffene, für die Kassen höchst bedenkliche Zustand bestehen, daß einerseits die Kassen zur Leistung ärztlicher Behandlung an ihre Mitglieder verpflichtet sind und daß andererseits den Ärzten das alleinige Monopol zur ärztlichen Behandlung der Kassenmitglieder zusteht, ohne daß sie zu dieser Leistung verpflichtet oder auch nur angehalten werden. Dazu kommt, daß die Ärzte ungeachtet der größten Vorteile völlig freie Hand behalten, Verträge mit Kassen zu schließen oder nicht zu schließen oder die Kassenpatienten als solche zu behandeln oder nicht als solche zu behandeln, je nachdem ihnen dies paßt.

2. Kommt ein Vertrag zwischen den Ärzten und einer Kasse nicht zustande, so soll ein Schiedsgericht entscheiden. Der Schiedsrichter hat nach dem Abkommen für keinen der beiden eine rechtsverbindliche Wirkung, vielmehr nur die Bedeutung, daß beiden Teilen angetragen werden soll, den hierdurch festgestellten Vertrag abzuschließen. Da aber der Schiedsrichter unter weitgehender Mitwirkung des Oberverwaltungsamts zustande kommt, dessen Beschlusssammer im Falle des § 370 R. V. O. die angemessenen Bedingungen für den Abschluß von Arztverträgen festzusetzen hat, so kann eine Krankenkasse, die sich dem Schiedsrichter nicht fügt, niemals erwarten, daß ihr in dem erwähnten Streitfalle die Ermächtigung zur Gewährung einer Barleistung statt der ärztlichen Behandlung gegeben wird. Die Kasse ist also trotz formeller Freiheit an den Schiedsrichter gebunden und wird eines wertvollen Schutzmittels gegenüber den Ärzten beraubt, die Ärzte dagegen behalten völlig freie Hand.

3. Die Frage des Arztstimmens ist widerprüchsvoll und unklar geregelt. Die freie Arztwahl, die sich bei den Krankenkassen fast durchweg als äußerst schädlich erwiesen hat, wird in jeder Hinsicht begünstigt. Nach § 1 der Vereinbarung wird das Arztstimmrecht zwar der freien Vereinbarung zwischen Krankenkassen und Ärzten überlassen, der § 2 bestimmt aber, daß die freie Arztwahl da, wo sie besteht, aufrecht erhalten bleiben soll. „Wo sie nicht besteht, werden sich die Kassen dem Bestreben der Ärzte, sie einzuführen, nicht entgegenstellen, wenn diese nach Lage der bestehenden Verhältnisse und der finanziellen Lage der einzelnen Kassen möglich ist, ohne diese selbst in der Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben zu beeinträchtigen oder die beitragspflichtigen Arbeitgeber und Versicherten zu überlasten.“ Nach dieser Festsetzung werden die Anhänger des Leipziger Verbandes erst recht überall die freie Arztwahl fordern, denn sie behaupten ja, daß ihre Einführung ohne finanzielle Schädigung der Kassen möglich ist. Das Ziel des Leipziger Verbandes, den Kassen gegen ihren Willen die freie Arztwahl aufzudrängen, wird durch solche Festsetzungen wesentlich gefördert. Der Rückweg von der freien Arztwahl ist, falls dieses System sich nicht bewährt und die Leistungsfähigkeit der Kassen schwer leidet, überhaupt nicht vorgesehen. Vielmehr soll die freie Arztwahl, wo sie einmal besteht, aufrecht erhalten werden. Bisher haben sich alle Schutzmahnahmen gegen die Schäden der freien Arztwahl als unzureichend erwiesen. Die Schäden liegen in dem Wesen dieses Systems begründet und können auch durch die in der Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen nicht beseitigt werden.

Ein weiterer Nachteil der Festsetzung in dem § 2 für die Kassen ist der, daß nach einer solchen Begünstigung der freien Arztwahl zu erwarten ist, daß beim Streit über das Arztstimmrecht die freie Arztwahl im Falle des § 370 R. V. O. regelmäßig als angemessene Bedingung festgesetzt wird. Auch auf diese Weise wird diese für die Kassen sehr wichtige Schutzbestimmung wertlos gemacht.

Das Arztstimmrecht zu bestimmen, ist das wichtigste Recht der Krankenkassen. Mit ihm steht und fällt ihr Selbstverwaltungsrecht.

4. Die Regelung der Beziehungen zwischen den Kassen und Ärzten soll auf der Grundlage des Kollektivvertrages erfolgen. Daß die einzelnen Ärzte den Vertrag unterzeichnen sollen, ändert daran nichts. Jeder Arzt, der Kassenpraxis treiben will, ist dem Willen des Leipziger Verbandes entsprechend gezwungen, dem von ihm beherrschten ärztlichen Bezirksverein oder den von ihm begründeten kassenärztlichen Verein beizutreten. Der § 28 der Vereinbarung bestimmt ausdrücklich, daß die Verträge auf der ärztlichen Seite von dem ärztlichen Bezirksverein oder den selbständigen kassenärztlichen Vereinen abzuschließen sind. Der Kollektivvertrag bedeutet nichts anderes als den Koalitionszwang für alle auf Kassenpraxis angewiesenen Ärzte. Wer von diesen Ärzten Einfluß auf die Vertragsbedingungen und auf die Ausführung des Vertrages haben will, muß der Organisation beitreten.

5. Die Regelung der ärztlichen Bezahlung schließt die Kassen nicht vor Ueberforderung. Zwar ist die Pauschalvergütung vorgesehen und gewissermaßen als Regel gedacht. Sie gilt jedoch nur für diejenigen ärztlichen Leistungen, für die der Mindestsatz nach der Gebührenordnung für ärztliche Dienstleistungen in der Privatpraxis weniger als 3 Mk. beträgt. Gleichgültig ist festgesetzt, daß alle Leistungen nicht unter die Pauschalvergütung fallen, für welche die Mindestgebühr nach

der Gebührenordnung 3 Mk. oder mehr beträgt. Es ist grundsätzlich verfehlt, Nebenleistungen in solchem Umfange festzusetzen, solange die Höhe des Pauschales nicht feststeht. Die Bezahlung besonderer Leistungen muß von der Höhe des Pauschales abhängig gemacht werden.

Die Verteilung der Honorare unter die einzelnen Ärzte soll in der Regel der Arztvertretung überlassen werden. Dies hat zur Voraussetzung, daß die Kassenhonorare an die Organisation entrichtet werden. Die ärztlichen Organisationen haben es alsdann in der Hand, wie es der Leipziger Verband verlangt oder wünscht, einen Teil der von den Kassen gezahlten Honorare in den Streikfonds abzuführen, mittels welchem die Kassen, die die Forderungen des Leipziger Verbandes nicht anerkennen, niedrigerungen werden sollen.

6. Die Bezahlung der ärztlichen Behandlung in bezug auf diejenigen Kassenmitglieder, welche die Versicherung freiwillig fortsetzen oder den Kassen freiwillig beitreten, soll der örtlichen Vereinbarung zwischen Kassen und der Arztvertretung überlassen bleiben. Bevor eine Kasse in ihrer Satzung endgültig bestimmt, daß diejenigen Mitglieder, welche der Versicherung freiwillig beitreten, auch ärztliche Hilfe erhalten, muß sie mit der Ärzteschaft ihres Bezirks verhandeln. Welche Leistungen die Kasse diesen Versicherten gewähren soll, ist also vollständig von dem Willen der Ärzte abhängig, und die ärztliche Behandlung dieser Mitglieder ist in keiner Weise sichergestellt.

Selbstverständlich besteht aber bei der Vereinbarung die Gefahr, daß für die freiwilligen Mitglieder höhere Honorare gefordert werden und gewährt werden müssen und daß die hierdurch entstehenden Mehrkosten von den minderbemittelten Mitgliedern zu tragen sind.

7. Die Kündigungsfrist von einem Vierteljahr ist viel zu kurz bemessen. Wenn die Ärzte kündigen, sind die Kassen nicht in der Lage, in so kurzer Zeit eine ihren Interessen entsprechende Neuordnung der Verhältnisse herbeizuführen.

Die Grundsätze der Vereinbarung opfern in den wichtigsten Fragen die Interessen der Kassen den Interessen der Ärzte ohne Gegenleistung. Sie begünstigen ganz einseitig die Forderungen der Ärzte, wie sie vom Leipziger Verband aufgestellt sind. Die Vereinbarung sichert den Kassen trotz aller Opfer nicht einmal die ihnen gesetzlich auferlegte ärztliche Behandlung ihrer Mitglieder. Die Verbände der Krankenkassen sind daher außerstande, der Vereinbarung ihre Zustimmung zu geben. Sollten trotz aller Bedenken die in der Einigung niedergelegten Grundsätze auch ohne Zustimmung der Kassen tatsächlich maßgebend werden für die Entscheidungen der Versicherungs- und Verwaltungsbehörden, so müßte die Verantwortung für die verderblichen Folgen für die Versicherten in vollem Umfange der Regierung überlassen bleiben. Eine Zustimmung der Kassen zu den ihren eigenen Ruin bedingenden Abmachungen kann nicht erfolgen.

München, den 4. August 1913.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen Dresden.
Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen.
Allgemeiner deutscher Knapfschaftsverband, Berlin.
Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.
Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilung im Erfurter Militärteil. Nachdem der schon einmal zum 1. August angelegte Termin in dem aufsehenerregenden Zuchthausurteil des Erfurter Kriegsgeschichtes sehr wahrscheinlich infolge der heftigen Opposition der sozialdemokratischen Presse gegen die dadurch zugabe getretene Nichtachtung der Beschlüsse des Reichstags vertagt wurde, ist nun zum 3. und 4. September ein neuer Termin angesetzt worden. Es sind 28 Zeugen dazu geladen, zum Teil solche, die zum ersten Termin nicht geladen waren. Die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Barnau, Berlin und Schneid, Erfurt übernommen.

Aus Nah und Fern.

Aus der besten der Welten. Gestern morgen wurde in Berlin die Postkassens-Witwe Seiler mit ihren beiden Kindern in ihrer Wohnung in der Försterstraße bewußtlos aufgefunden; die Wohnung war mit Gas gefüllt. Der zehnjährige Sohn ist tot; Frau Seiler und die achttjährige Tochter sind so schwer vergiftet, daß wenig Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten. Der Beweggrund zur Tat ist Lebensüberdruß infolge schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis.

Bergifteter Pudding. In Bottrop (Westf.) erkrankte die Familie eines Zehnenbeamten nach dem Genuß von vergiftetem Pudding. Vier erwachsene Söhne schweben in Lebensgefahr.

Haubankfall. Am Mittwochabend ist, wie aus Neustadt berichtet wird, der Leiter der polnischen landwirtschaftlichen Einkaufs- und Verkaufsgesellschaft, Kolnik Wittkowski, als er mit einer größeren Geldsumme vom Lande nach der Stadt zurückkehrte, von einigen Streichen überfallen, ermordet und der ganzen Barschaft beraubt worden. Der Ermordete ist der Sohn eines angesehenen Bürgers aus Samter.

Ein Opfer der Jahrhundertfeier. Am der Jahrhundertfeier der „nationalen Jugend“, die am Sonnabend und Sonntag unter strömendem Regen auf dem Raghach-Schlachtfelde arrangiert war, hatte sich auch die patriotische Jugend aus Lindau im Kreise Lauban beteiligt. Darunter auch der 16jährige Sohn des Einwohnerseibts. Am Sonntagabend war der junge Mann totmüde von dem Schlachtfelde heimgekehrt und am Montag früh wurde er, als ihn sein Bruder wecken wollte, tot im Bett vorgefunden. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag das junge Leben beendet. Ein Wunder ist dieser traurige Ausgang nicht, wenn man bedenkt, daß die jungen Leute durchnäht bis auf die Haut im Unwetter stehen mußten zur höheren Ehre nationaler Begeisterung.

Doppelmord. In dem kleinen Dorfe Uelen im Kanton Aargau ermordete der 22jährige Knecht Karl Bae aus dem Kanton Solothurn nachts seine früheren Pflegeeltern, den Landwirt Albin und dessen Frau, verwundete die herbeieilende 85jährige Mutter der Frau mit einem Beilhieb und raubte erhebliche Barbeträge. Am nächsten Tage wurde er in der Nähe von Sädingen verhaftet.

Die tolerante Kirche. Der wohl noch nicht dagewesene Fall, daß eine Kirche Hypothekengläubigerin eines Bordells ist, hat sich, wie aus Göttingen gemeldet wird, dort ereignet. Die schwer reiche Albanikirchengemeinde hat auf einem inzwischen geschlossenen Bordell in der Außenstadt eine erste Hypothek von 6500 Mk. stehen und hat jetzt den früheren und die jetzigen Besitzer des Hauses zur Zahlung der von ihr geforderten Hypothek nebst Zinsen verurteilt. Die Kirche hat natürlich ein obliegende Urteil erstritten, so daß das Haus demnächst zur Versteigerung kommen wird. Vielleicht erwirbt es die Kirche!

Christentum und Krieg. Die Zentrumspreffe hatte das Eitelbild der Nummer 20 des „Simplicissimus“, das sich mit den Greueln des Balkantrieges befaßt, zum Anlaß genommen, an die verantwortlichen Stellen die Frage zu richten, ob es keine Mittel gebe, solchen Beschimpfungen der christlichen Religion, die einer Gotteslästerung gleichkommen, ein Ende zu machen. Man muß

abwarten, ob der Staatsanwalt beim Wink Folge wird. Der „Simplicissimus“ genießt bei weitem nicht ungeteilte Sympathie; in dem „inkriminierten“ Falle aber hatte er eine treffende Charakteristik jener Sorte „Christen“ gebracht, die sich auf dem Balkan in den schrecklichsten Bestialitäten nicht genug tun konnten. Das Münchener Wöchblatt hat nicht das Christentum beschimpft, sondern dies vor dem kriegsfreundlichen Maulschloß, zu denen auch unser Zentrumsparasit gehören, in Schutz genommen. Und diesen möchten wir die folgenden Bemerkungen, die wir in der jüngsten Nummer (32) der „Christlichen Welt“ finden, unter die Nase halten:

„Es ist wohl keine subjektiv bewusste, aber eine unbewusste Heuchelei, wenn man meint, Christentum und Krieg vereinigen zu können. Heuchelei ist es, von einem Gott der Liebe zu reden und von ihm zu verlangen, daß er uns helfe, unsere Feinde zu töten. Heuchelei ist es, vom Reich Gottes zu träumen und die Verbindung der Völker als Utopie zu verwerfen. Heuchelei ist es, Friede auf Erden“ zu predigen und doch an diesen Frieden nicht zu glauben. Heuchelei ist es, sich auf den Namen Jesu des Friedesfürsten zu berufen und zugleich den Haß gegen die Ausländer, die er ebenso erlösen wollte wie uns, zu schüren. Wie sagt doch Mirza Schaffy?

Ihr mögt von Krieg und Helldemut
So viel, wie ihr nur wollt, verkünden,
Nur schweig von eurem Christentum,
Gepredigt aus Kanonenschlünden...

Vielleicht denunziert die Zentrumspreffe, auf die diese Kennzeichnung in ihrem ganzen Umfange buchstäblich zutrifft, auch den Verfasser dieses Artikels der Marburger Wochenschrift.

Eine Mutter von ihrem siebenjährigen Sohne erschossen. In Elmpt im Rheinland hat sich gestern ein tragischer Unfall zugetragen. Der siebenjährige Sohn des Landwirts Beck machte sich an einer Finte zu schaffen, die von der Kirchweih noch geladen an der Wand hing. Blödsinnig ging ein Schuß los und traf die im Bett liegende Mutter in die Stirn. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Zwei Kinder im Hochwasser ertrunken. Infolge des Hochwassers in Sachsen sind bei Bölsbich in der Nähe von Zwissau vier Kinder in die hochgehende Mulde gestürzt. Drei konnten gerettet werden, während der neunjährige Sohn des Sandgrubenbesizers Lent ertrank. Bei Mitteldorf im Erzgebirge stürzten die Geschwister Schettler, Kinder des Maurers Schettler, im Alter von zwei und acht Jahren in den angeschwollenen Gablenzbach und wurden vom reißenden Wasser bis nach Stollberg getrieben. Dort gelang es, den Knaben ans Land zu ziehen und wieder ins Leben zurückzurufen, während die achttjährige Tochter bereits tot war.

Entgleisung des Schnellzuges Rom-Neapel. Donnerstags nacht ist der Schnellzug Rom-Neapel ganz in der Nähe von Neapel infolge von Reparaturarbeiten, die auf dem Gleis vorgenommen wurden, entgleist. Dabei stürzten die Lokomotive, der Postwagen, der Gepäckwagen und der erste Personenzug um. Zwei Eisenbahnbeamte und ein Reisender wurden getötet, zehn Personen wurden verletzt. Der bei dem Eisenbahnunglück getötete Reisende ist als der seit mehreren Jahren in Neapel wohnende 33 Jahre alte Deutsche Karl Rensch erkannt worden.

Krieg im Frieden! Aus dem österreichischen Kriegshafen Pola am Adriatischen Meer wird gemeldet: Bei Schießversuchen trat bei einem 30,5-Zentimeter-Geschütz eine schwere Svarie eines Bodenstückes auf. Hierbei wurden drei Vormeister getötet und vier Admirale Graf Lanjus, Präsident des marineteknischen Komitees, an beiden Beinen schwer verletzt. Ferner wurden drei Vormeister und zwei Zivilarbeiter schwer verletzt, während mehrere Personen, darunter ein Ingenieur, leicht verletzt wurden. Lanjus ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Großfeuer in Jersey-City. In der Neuyork benachbarten Stadt Jersey-City brach ein verheerender Brand aus. Er entstand in einem der großen Lagerhäuser im Geschäftsviertel, wahrscheinlich infolge einer Unvorsichtigkeit beim Auffüllen von Benzin. Bei starkem Winde verbreitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit und bald standen 10 Geschäftshäuser in Flammen. Die Polizei ließ verschiedene Straßenzüge räumen, doch gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden wird auf 6 Millionen geschätzt. Insgesamt sind 1200 Personen obdachlos geworden. Wie verlautet, sollen zwei junge Kaufleute in den Flammen umgekommen sein.

65 Arbeiter im brennenden Schacht. Einer Meldung aus Neuyork zufolge entstand in einem Wasserleitungsschacht auf bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise ein Feuer. Der Schauplatz der Katastrophe ist eine Stelle der neuen Catskill-Wasserleitung im Stadtteil Brox. Von den 150 dort beschäftigten Arbeitern ist die Mehrzahl gerettet. Viele von ihnen sind allerdings erheblich verletzt. Für die Rettung der noch untertags befindlichen 65 Mann hegt der Chef der Feuerwehr nur geringe Hoffnung. Die Rettungsmannschaften versuchen jetzt, durch den dichten Quasm zu dringen. Das Feuer wütet in 400 Fuß Tiefe.

Die Dampferkatastrophe in Alaska. Der Dampfer „State of California“, Eigentum der Pacific Coast Steamship Company in San Francisco, ist, wie schon kurz telegraphisch gemeldet, auf dem Wege von Seattle nach den südöstlichen Häfen von Alaska am Sonntag morgen in der Gambier-Bucht auf einen in den Seefakten nicht verzeichneten Felsen gelaufen und innerhalb drei Minuten gesunken. Mehr als 25 Passagiere und 27 Mann der Besatzung sollen ertrunken sein. Das Schiff verließ Seattle am letzten Mittwoch auf dem Wege nach Stagway. In schneller Fahrt stieß es auf den Felsen, der ein großes Loch in den eisernen Schiffsboden riß. Das Wasser stürzte so schnell in den Schiffsrumpf hinein, daß viele der Passagiere in Staatskabinen ertrunken waren, ehe sie überhaupt eine Gelegenheit hatten, sich aus den Betten zu erheben oder gar die Kabinen zu verlassen. Passagiere, die das Deck erreichten, wurden in den eisigen kalten Wasserstrudel mit hineingerissen, als das Schiff verlief. In den drei Minuten, die zwischen dem Auslaufen und Versinken des Schiffes verstrichen, wurde noch ein drahlloser Hilferuf in die Welt geschickt. Der Dampfer „Jefferson“ der Alaska Steamship Company, der sich in der Nähe befand, fing die Botschaft auf und war in 20 Minuten an der Unglücksstelle, wo er die Ueberlebenden aus den Rettungsbooten aufnahm. Aber selbst in kurzer Zeit erlagen viele dem eisigen Winde und Wasser. Unter den Toten befinden sich, wie bis jetzt festgestellt wurde, Frau und Tochter des Direktors der Pacific Coast Steamship-Gesellschaft. Von den Geretteten sind zehn Personen durch die Kälte derart erkrankt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Das Schiff, die Ladung und die Postfächer, die gänzlich verloren sind, werden auf zwei Millionen Mark geschätzt.

Genossenschaftsbewegung.

Ein zweites Kreuznach. Der Lieblich der Kreditgenossenschaften und erklärte Feind der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung, Dr. Hans Crüger, holt zu einem neuen Schlag gegen die „Richtung, die ihm nicht paßt“, aus. Er hat an den Genossenschaftstag des „alten“ Verbandes, der in

Wegen tagt, einen Antrag gerichtet, der sich gegen die auf dem Evangelisch-sozialen Kongress in Hamburg von Prof. W. Brandt, Adolf Wagner und anderen vertretene Auffassung wendet, daß es die Aufgabe der Konjunktionsgesellschaften sei, durch Zusammenschluß aller Konsumenten und entsprechende Angliederung aller Produktion die Gemeinwirtschaft an Stelle des heutigen Geschäftsverkehrs zwischen den einzelnen zu setzen. Demgegenüber soll der Genossenschaftstag betonen, daß in allen Bestrebungen, die auf Errichtung der Gemeinwirtschaft zielen, eine Gefahr für das deutsche Genossenschaftswesen zu erblicken sei, da sie die Genossenschaften in zwei Lager teilen, je nachdem die Genossenschaften der Erhaltung der Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung dienen oder diese durch die Gemeinwirtschaft ersetzen wollen. In diese theoretische Bewahrung knüpft sich die Forderung, daß insbesondere auch die Bestrebungen auf Bildung von Bezirkskonsumvereinen sowie der Ausschluß der Konkurrenz beim Wareneinkaufe (soll heißen der Anschluß an die Großeinkaufsgesellschaft) für unvereinbar mit den wirtschaftlichen und sozialen Grundgedanken des deutschen Genossenschaftswesens zu erachten sind. Dieser von engherzigster und kurzfristigster Beurteilung der Aufgaben der Konsumvereine zeugende Antrag wird in der „Berliner Morgenpost“ u. a. mit folgenden Worten glorifiziert:

Wenn der Antrag des Genossenschaftsanwalts nur aus

wirtschaftlich-liberalen Doktrinarismus heraus die obligaten drei Kreuze vor das verhasste Wort Gemeinwirtschaft machen wollte, so könnte man lächelnd darüber hinweggehen. Indessen die praktischen Folgerungen, die gezogen werden, sind geeignet, die Entwicklung der Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes geradezu abzuschneiden. Diese Vereine zählen immerhin, trotzdem die große Mehrheit der Konsumvereine in einem eigenen Zentralverbande zusammengeschlossen ist, noch rund 275 000 Mitglieder. Das Prinzip des Konsumvereins ist der Zusammenschluß der Konsumenten zum gemeinsamen Wareneinkaufe. Naturgemäß drängt, nachdem der örtliche Zusammenschluß bewirkt ist, die Entwicklung zum Ausbau des gemeinsamen Einkaufs durch Bezirksverbände und schließlich durch die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine für ganz Deutschland. Besonders für Vereine an kleinen Orten kann überhaupt erst dieser Anschluß an die Gesamtheit die großen Vorteile der Konsumentenorganisation bringen.

Diesen Anschluß zu verwerfen, heißt die Interessen der Konsumvereine den in den Kredit- und Bezugs-genossenschaften organisierten Kleingewerbetreibenden aufopfern. Es ist auch gar nicht einzusehen, wieso die örtliche Konsumentenorganisation wünschenswert, die über die Provinz oder den Staat ausgedehnte aber höchst gefährlich sein soll. Wenn der Konsumverein der Stadt Breslau nicht auf dem

Wege zur „Gemeinwirtschaft“ liegt, würde doch ein Einkaufsverein der Konsumvereine der Provinz Schlesien nur eine graduelle Steigerung der Leistungen, nicht eine prinzipielle Veränderung der Richtung bedeuten.

Wenn der Allgemeine Verband wirklich dauernd die Konsumvereine, die ihm angeschlossen sind, in dieser Weise einengen will, dann wird allerdings die Spaltung im Genossenschaftswesen Fortschritte machen. Als ein großes Unglück kann uns diese Spaltung indessen nicht erscheinen. Denn Konsumvereine und Handwerker-genossenschaften verfolgen, so gegenständig beide Organisationen wirken, tatsächlich letzten Endes so verschiedene, oft kollidierende Ziele, daß die gemeinsame Rechtsform der Genossenschaft nicht genügt, sie dauernd aneinander zu fesseln. Jedenfalls ist das Zusammenhalten nicht den Preis wert, den nach dem besprochenen Antrage die Konsumvereine durch dauernden Verzicht auf den Ausbau ihrer Organisationen im Allgemeinen Verbands zahlen sollen.

Im Interesse der Konsumvereinsbewegung kann es nur liegen, wenn Dr. Crüger und seine Leute die in Kreuznach begonnene „reintliche Scheidung“ restlos durchzuführen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Deutscher Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Nachruf!

Am Mittwoch, dem 20. August, starb unser langjähriges Mitglied, der Kutcher

Joachim Spahrbier

im 47. Lebensjahre. (6248)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 25. August, nachmittags 3^{1/4} Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt.

Sammelpfad der Kollegen beim Kollegen Paul Lindenberg, Krempele-dorf. Abmarsch dafelbst präzis 8 Uhr. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Am Donnerstag, dem 21. August, starb unser Mitglied, der Lastarbeiter

Hermann Bendfeldt

im Alter von 53 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 25. August, nachmittags 2^{3/4} Uhr, von der Kapelle St. Lorenz statt. Sammelpfad der Kollegen um 2 Uhr bei Joh. Meyer, Fachsenburger Allee 10a. Abmarsch von dort präzis 2^{1/4} Uhr.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht (6264)

Der Vorstand.

Durch Zufall eine moderne Wanduhr

zu verkaufen. Reiferstr. 33, part.

Ein Kinderwagen

bisla zu verkaufen. (6241)

Bleicherstraße 24, part.

Sonntag, 24. d. Mt.

sehen **Fertel** zum Verkauf. (6234) Schwartau. A. Strampfers Gasthof.

Junge Terrier

zu verkaufen. Gauerhofstraße 2.

1 blauer Sitz- u. Liegewagen

bislig zu verkaufen. (6245)

Travelpfadstraße 42, III.

Neuer dunkelblauer Herren-Anzug und ein Winter-Paletot, minkler Größe, billig zu verkaufen. (6240) Altd. Warendorferstr. 37, II. r.

Blauer Koffer - Sportwagen

billig zu verkaufen. Warendorferstr. 25.

Blau Pflaumen, 10 Pfd. 1,40.

(6251) Eindehlfstraße 4.

Geinden ein Herren-Fahrrad u. Räder. Zu melden bei Wilhelm Möller, Schwartau, Rieseberg 22. (6233)

Saure gelbe Kartoffeln, 10 Pfd.

40 Pfd. am Stück. (6257)

Wilb. Süße, Warendorferstr. 25.

Junges Ziegenfleisch

besser als alles Scha-Fleisch. (6254) Pfl. 23, 53, 60 Pfg.

Markthallenstand 29.

Empfehle jed. Sonnabend ff. Knackwurst

frisches Kuhener

H. Schmalfeld Kaiserstr. 25

Schlachtereil. Tel. 2552

Für Brautleute!

3 Schlager:

Komplette Wohnungs-Einrichtung 295.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	Teilzahlung
1 Sofa 1 Tisch 1 Vertiko 4 Stühle	2 Betten engl. 1 Kleiderschrank 1 Waschtisch 2 Stühle	1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Stühle	wöchentlich 2.— Mk.

Komplette Wohnungs-Einrichtung 625.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	Teilzahlung
1 Sofa 1 Ausz.ehtisch 1 Vertiko m. Spieg. 1 Trumeau 6 Stühle	2 engl. Betten 1 engl. Kleiderschr. 1 zweitür. Wascht. 1 Spiegel 2 Stühle	1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Stühle 1 Handtuchhalter	pro Woche 4.— Mk.

Komplette Wohnungs-Einrichtung 750.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	Teilzahlung
1 Plüschgarnitur besteh. aus 1 Sofa u. 4 Polsterstühlen 1 Ausziehtisch 1 Vert., 1 Trumeau	2 engl. Betten 1 engl. Kleiderschr. 1 Waschoilette 2 Stühle	1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Stühle 1 Handtuchhalter	wöchentlich 5.— Mk.

Einzelne Möbel:

Bettstellen Kleiderschränke Tische Büfets Vertikos Sofas Garnituren	Trumeaus Flurgarderoben Bücherschränke Schreibtische Diplomaten Stühle usw. Teppiche	Spezialität: Kopl. Schlafzimmer Wohnzimmer Speisezimmer Herrenzimmer Salons
---	--	--

Teilzahlung
von
wöchentl. 1.— Mk. an.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33, 1. Etage. (6255)

Billiger Lager-Verkauf!

Mein Lager bei der Drehbrücke ist

Sonntag, den 24. August und

Sonntag, den 31. August

morgens von 6 bis 9 Uhr geöffnet.

Alle Brennmaterialien sind ab Lager im Preise ermäßigt. Prima Bries nur 95 Pfg. pr. Ztr.

Ich mache darauf aufmerksam, daß nur an diesen beiden Sonntagen die billigen Preise gelten. Bei größeren Abholungen bitte ich die leeren Säcke schon am Sonnabend vormittag auf Lager abzugeben.

Christian Gäde

Kontor zur Fischergrube 4. (6249)

Ferenspr. 242.

Empfehle zum Sonntag:
prima fettes Suppensf. Pfd. 75 80
Schmorbraten . . . Pfd. 90
Gutisch u. Gehacktes Pfd. 90
Kollf. 1.— Beefsteak 1.20
Dammelfleisch . . . Pfd. 90
Schweinebraten . . . Pfd. 90
Kalbfleisch . . . Pfd. 80—90
Gefochte und Leberwurst 90
Flomen-Schmalz . . . Pfd. 90

Hermann Atmer

Königsstr. 48 b. (6265)

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund echt holst. Eigelbpfanzenbutter Marke H. B. 1 Pfund 90 Pfg.

1 Rosenkranz gratis.

Holsteinisches Butterhaus Königstr. 48a. (6263)

G. Heine, Flörke, Komm.-Ges.
Jeder Kunde verlange eine Legitimationskarte für unsere Todesfall-Unterstützung (100 Mk.), zu deren Einführung wir heute und morgen beim Einkauf von 1 Pfd. Eigelbpfanzenbutter (veget. Margarine) die Karten mit 10 Wochenstempein versehen.

Spüle mit Henkel's Bleich-Soda

Die Arbeitsgarderoben von Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirtsch. . . 1.40 bis 3.50
Wollhosen . . 2.50 bis 5.50
Flaurhosen . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise (60) rote Lubecamarken.



Empfehle meinen werten Kunden prima Fleisch sowie sämtliche Wurstsorten in bekannter Güte.

ff. Heisse.

Herm. Dose

Roßschlachtereil. Hundestr. 62.

Markthalle 1.

Dicke Flomen

Dicke Rippen . . . 804
Schweinefleisch zum Braten . 854
gef. Mettw. u. Leberwurst . . 904
weiß. Schmalz b. Abn. v. 2 Pfd. 804
fetter u. magerer Speck bei Abnahme von 1 Pfd. . . 954
fettes Kalbfleisch . . . 904
ger. Schweinebacken o. Knoch. 904
ger. Schulterschinken . . . 1104
Kuhener, Spezialität seit 6242 über 30 Jahren . . 654

Karl Lahrtz, vorm. M. Lahrtz, Böttcherstr. 14-16.

Empfehle

fämtl. Fleisch-, Wurst- und Aufschnittwaren

in prima Qualität.

Gustav Wietzke,

Mühlenstraße 81. (6216)

Knackfleisch

Leberwurst (6269)

Knackwurst

Heinr. Viereck, Sünderstr. 96.